



V 6458 E

31a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 2

Februar 1971

Grafik des Monats: Wohnungen nach der Gemeindegröße 1968

Aufsätze:

- Betriebsgrößen Landwirtschaft
- Getreide- und Ölfruchternte 1970
- Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen
- Wohngeld 1969 und 1970
- Industrie 1970
- Versorgungsempfänger

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1969	1970	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Juli bis November		
INDUSTRIE¹				
Produktionsindex	1962 = 100	159	163	+ 3
Beschäftigte	1 000	188	193	+ 3
Umsatz ²	Mill. DM	1 036	1 108	+ 7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	24	0
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,8	9,9	+ 1
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 862	2 646	- 8
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	182,0	180,8	- 1
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	154,4	160,3	+ 4
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 431	7 316	+ 14
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	108,0	106,5	- 1
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	102,7	103,9	+ 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ³	1962 = 100	102,4	108,2	+ 6
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	106,7	99,6	- 7
Lebenshaltung ⁴				
insgesamt	1962 = 100	119,7	124,2	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114,2	117,2	+ 3
GELD UND KREDIT				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	2 828	3 305	+ 17
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	11 424	12 532	+ 10
Spareinlagen	Mill. DM	5 049	5 470	+ 8
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	72	75	+ 4
Landessteuern ⁸	Mill. DM	105	129	+ 23
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	22	- 38
Lohnsteuer	Mill. DM	80	98	+ 22

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962
5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
7) einschließlich Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer 8) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern, ab 1970 auch an den Umsatzsteuern

INHALT 2/71

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aufsätze	
Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1970 . . .	26—27
Getreide- und Ölfruchternte 1970 . . .	28—32
Gebäude und Wohnungen 1968 nach Gemeindegrößenklassen	33—39
Wohngeld 1969/70	39—43
Industrie in Schleswig-Holstein 1970 . .	43—45
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	46—48
Grafik des Monats	36—37
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) . . .	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1970
246 Seiten, Preis 14,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1970

Wahlverhalten 1970
Industrie 1960 bis 1969
Viehwirtschaft 1969
Agrarpreise 1969
Verdienste im Handwerk

Heft 9/1970

Entwicklungen in der Landwirtschaft
Spareinlagen 1966 bis 1969
Gemeindewahl 1970
Verjüngung der Kreisvertretungen

Heft 10/1970

Maschinen in der Landwirtschaft
Tiefbau im öffentlichen Auftrag
Diagnosen in Krankenhäusern

Heft 11/12/1970

Landtagswahlkreise 1971
Verdienststruktur im öffentlichen Dienst 1968
Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 2)
Bausparen 1962—1969
Baulandpreise 1969

Heft 1/1971

Gewerbsteuer 1966 (Teil 1)
Erwerbstätige 1970
Ausländer 1970
Baulandumsatz 1962—1969



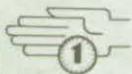
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 2

Februar 1971

Aktuelle Auslese



Trotz rückläufiger Gewerbesteuer 5,6 % mehr Gemeindesteuern

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden haben 1970 589,7 Mill. DM Gemeindesteuern eingenommen. Das ist eine Mehreinnahme von 31,1 Mill. DM oder 5,6 % gegenüber 1969. Diese Mehreinnahme ist ausschließlich auf die Gemeindefinanzreform zurückzuführen. Die bisherige Haupteinnahmequelle der Gemeinden, die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, ist nämlich um 73,4 Mill. DM oder 19,7 % zurückgegangen. Ohne Gemeindefinanzreform hätte das zur Folge gehabt, daß in die Gemeindekassen insgesamt 57,3 Mill. DM oder 10,3 % weniger geflossen wären als 1969. Die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer hat jedoch diese Mindereinnahme mehr als wett gemacht.

Durch die Gemeindefinanzreform erhielten die Gemeinden bis zum Jahresende 178,6 Mill. DM als Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und mußten dafür 90,2 Mill. DM vom Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital als Gewerbesteuerumlage abführen. Per Saldo ergab sich also für sie ein Mehr von 88,4 Mill. DM. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß es sich um Kassenangaben handelt und daher nur solche Beträge erfaßt wurden, die bis zum 31. 12. 1970 von den Gemeinden empfangen wurden oder zu leisten waren. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Gewerbesteuerumlage bedeutet das, daß die Jahresabrechnung, die im Januar 1971 erfolgte, nicht eingeschlossen ist, sondern nur die Abschlagszahlung für das vierte Vierteljahr 1970. Die Jahresabrechnung der Gemeindefinanzreform brachte nämlich einen Saldo von + 115,9 Mill. DM.

Zunahme der Insolvenzen

Die Zahl der Insolvenzen in Schleswig-Holstein erreichte im Jahre 1970 einen Höchststand. Bei den Amtsgerichten gingen 146 Konkursanträge ein; im Jahre 1969 waren es 125

gewesen. Die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren blieb mit 14 gegenüber dem Vorjahre unverändert. Trotz stark gestiegener Einkommen der Arbeitnehmer und erhöhter wirksamer Nachfrage waren damit die statistisch erfaßten Zahlungsschwierigkeiten größer als in irgendeinem der letzten 13 Jahre. Mit 41 wirtschaftlichen Zusammenbrüchen war der Handel besonders stark betroffen. Weitere 26 Konkurse entfielen auf Dienstleistungsunternehmen und 19 auf Unternehmen des Baugewerbes. Insgesamt entfielen 115 Konkurse auf Erwerbsunternehmen. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger beliefen sich auf insgesamt 63,6 Mill. DM.



6,2 Mrd. DM Umsatz im Handwerk

Das Handwerk erreichte im Jahre 1970 in Schleswig-Holstein einen Gesamtumsatz von 6,2 Mrd. DM (ohne Nebenbetriebe). Der Umsatzzuwachs gegenüber 1969 betrug rd. 530 Mill. DM oder 9 %. Überdurchschnittlich hoch war dabei die Umsatzzunahme in der Gruppe Metall (300 Mill. DM = 17 %). Der Handwerksumsatz allein (ohne Handelsumsatz) betrug im Jahre 1970 4,6 Mrd. DM gegenüber 4,2 Mrd. DM im Jahre 1969 (+ 10 %).



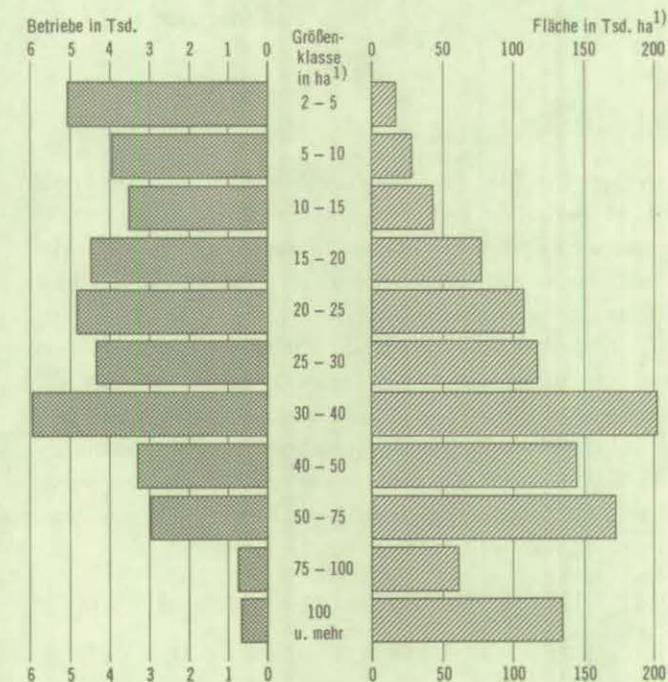
Ungewöhnlich starker Anstieg der Verkehrsunfälle

Im Jahre 1970 ereigneten sich in Schleswig-Holstein 16 849 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden. Bei diesen Unfällen wurden 882 Personen getötet und 23 195 verletzt. Im Vergleich zu 1969 nahmen die Unfälle in einem Umfang zu, wie er seit 10 Jahren nicht zu beobachten war. Ihre Zahl erhöhte sich um 11 %, die Zahl der getöteten Personen um 13 % und die der verletzten Personen um 12 %. Im Verlauf des Jahres waren unterschiedliche Zunahmen festzustellen. Sie liegen – immer im Vergleich zum Vorjahresmonat – zwischen 4 % im August und 40 % im Dezember. Nur im November war ein Rückgang der Unfälle zu registrieren (– 6 %).

Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1970

Anfang 1970 waren in Schleswig-Holstein 39 600 landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche vorhanden. Zu diesen Betrieben gehörte eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von insgesamt 1,115 Millionen ha. Fast zwei Drittel dieser Fläche entfielen auf gut 13 500 Betriebe mit 30 und mehr ha Größe, weitere 20% auf 9 100 Betriebe zwischen 20 und 30 ha. Nähere Einzelheiten zeigt die folgende Tabelle.

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1970



D - 4217

1) landwirtschaftlich genutzte Fläche

Darin wird erstmals auch eine weitere Unterteilung der Betriebsgrößenklassen zwischen 30 und 50 ha sowie 50 und 100 ha ausgewiesen, in denen heute das Schwergewicht der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft liegt. Es zeigt sich dabei, daß die Zahl der Betriebe zwischen 50 und 75 ha viermal so groß ist wie die der Betriebe zwischen 75 und 100 ha. Letztere umfassen zur Zeit nur unwesentlich mehr Einheiten als die Betriebe über 100 ha.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit entsprechenden Daten früherer Jahre ist aus verschiedenen Gründen erschwert. Insbesondere darf nicht unmittelbar mit den Vorjahresdaten verglichen werden, da sonst Fehlschlüsse unvermeidbar sind. Für den Vergleich sind zunächst einige Hinweise auf die Verfahren zur Datengewinnung und auf Definitionsänderungen erforderlich.

Datengewinnung: Etwa alle 5 bis 6 Jahre - zuletzt 1970, davor 1965 und 1959 - wird von den Gemeinden für jeden landwirtschaftlichen Betrieb nach einem vorgeschriebenen Verfahren anhand von Katasterunterlagen ein Erhebungsbogen angelegt, aus dem seine genaue Größe aus Eigenland und Pachtland - unabhängig von deren Lage - zu diesem Zeitpunkt hervorgeht (Grunderhebung). Um die Ämter und Gemeinden nicht in jedem Jahr in diesem Umfang belasten zu müssen, werden in den Zwischenjahren laut Gesetz nur die jeweils gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Änderungen in den Betrieben erfragt und in den bei der Grunderhebung angelegten Bogen eingetragen (Fortschreibung). Aus

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Größenklasse nach der LN ¹⁾ in ha	1960		Größenklasse nach der LF ¹⁾ in ha	1970		
	Betriebe	Fläche LN in ha		Betriebe	Fläche LF in ha	%
2 - 5	8 126	6 834	2 - 5	5 052	16 245	1,5
5 - 10	6 703	5 427	5 - 10	3 935	28 591	2,6
10 - 15	6 320	5 159	10 - 15	3 503	43 837	3,9
15 - 20	6 839	6 319	15 - 20	4 448	78 177	7,0
20 - 30	9 782	10 243	20 - 25	4 803	108 084	9,7
			25 - 30	4 306	118 076	10,6
30 - 50	7 947	8 316	30 - 40	5 931	204 050	18,3
			40 - 50	3 279	146 047	13,1
50 - 100	3 077	3 145	50 - 75	2 940	174 320	15,6
			75 - 100	726	61 748	5,5
100 und mehr	571	577	100 und mehr	680	135 753	12,2
Insgesamt	49 365	46 020	Insgesamt	39 603	1 114 928	100

1) Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wird ab 1970 nicht mehr verwendet. An seine Stelle tritt der Begriff "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF); in dieser Fläche sind aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen "nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Flächen" sowie die "privaten Parkanlagen, Rosenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten

diesen Bogen werden im Statistischen Landesamt die Betriebsgrößenergebnisse ermittelt.

Die Grunderhebungen erbringen sehr exakte Ergebnisse. Bei den Fortschreibungen können dagegen Betriebe übergangen werden oder es kann geschehen, daß Veränderungen nur mit zeitlicher Verzögerung erfaßt werden, zum Beispiel wenn ein Flurbereinigungsverfahren läuft. Wie die Erfahrung zeigt, treten solche Verzögerungen bei starken Strukturänderungen, wie wir sie gegenwärtig haben, besonders hervor. Ein Teil der sich rechnerisch zwischen 1969 und 1970 ergebenden Veränderungen hat tatsächlich also bereits in den vorangegangenen Jahren stattgefunden.

Definitionsänderungen: Hiervon werden besonders die unteren Betriebsgrößerklassen betroffen. Zur Anpassung an die EWG-einheitliche Klassifizierung wird ab 1970 nicht mehr die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) sondern die sogenannte "landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF) erhoben und nachgewiesen. Letztere enthält nicht mehr die privaten Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten sowie die "nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen", die noch in der LN enthalten waren. Eine ganze Reihe von Betrieben ist dadurch aus dem Erfassungsbereich ausgeschieden, andere sind in der Größenklassenskala nach unten verschoben (und damit auch aus dem hier dargestellten Bereich ausgeschieden). Bei den sogenannten "nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen" handelt es sich einmal um aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr genutzte Flächen; deren Umfang ist jedoch in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Bundesländern gering. Zum anderen handelt es sich um früher als Wiesen oder Weiden genutzte Flächen, auf denen sich heute Campingplätze oder Liegewiesen befinden. Die Häufung dieser Fälle in den Fremdenverkehrsgebieten ist unverkennbar.

Bei einem Vergleich zwischen den Grunderhebungsergebnissen - also über mindestens 5 Jahre hinweg - entfallen die aus der Datengewinnung stammenden Gründe für die Vergleichsschwierigkeiten vollständig, die in Definitionsänderungen liegenden Gründe wirken sich nur abgeschwächt aus, da sie gemessen an den tatsächlichen großen Strukturänderungen nicht so ins Gewicht fallen. In diesem Zusammenhang genügt daher der Hinweis, daß die Abnahme der Betriebe bis zur Größenklasse 5 bis 10 ha wegen der Definitionsänderungen überhöht ist. Selbst mit dieser Einschränkung läßt sich feststellen, daß die Gesamtzahl der Betriebe ab 2 ha LF in der zweiten Hälfte der 60er Jahre etwa doppelt so stark abgenommen hat wie in der ersten Hälfte, nämlich um fast 14%.

Die stärkste relative Abnahme gab es in den letzten 5 Jahren in der Größenklasse von 10 bis 15 ha, und zwar um fast ein Drittel, gefolgt von der Größenklasse 15 bis 20 ha mit fast 30%. Während die Zahl der Betriebe zwischen 20 und 30 ha Größe von 1960 bis 1965 noch um fast 5% zugenommen hatte, ging sie in den letzten 5 Jahren um 11% zurück. Beachtlich sind die Zunahmen über 30 ha: sie betragen zwischen 1960 und 1965 fast 450 Betriebe (4%) und zwischen 1965 und 1970 mehr als dreimal soviel, nämlich gut 1 500 Betriebe (13%).

Im Gegensatz zum langfristigen Vergleich kommen die geschilderten Vergleichsschwierigkeiten beim kurzfristigen Vergleich - insbesondere zwischen den bisher für 1969 bereits veröffentlichten Daten und den Zahlen dieses Berichtes für 1970 - voll zur Auswirkung. Der unmittelbare kurzfristige Vergleich führt daher zu Fehlschlüssen und muß unterbleiben; dennoch sind die bisherigen Fortschreibungsergebnisse nicht wertlos, da sie in den Zwischenjahren Anhaltspunkte für die tatsächliche Entwicklung gegeben haben. Aus einer sinnvollen Auswertung dieser Anhaltspunkte läßt sich auch die zwischen 1969 und 1970 entstandene Vergleichslücke wenigstens schätzungsweise schließen. Wird einmal unterstellt, daß die Fortschreibung die tatsächlichen Veränderungen in jedem Jahr des Zeitraums von 1965 bis 1969 nicht vollständig, sondern aus den oben geschilderten Gründen jeweils nur etwa zu 80% erfaßt hat und werden die bisherigen Veränderungsdaten entsprechend erhöht, so ergibt sich für alle Größenklassen ab 7,5 ha eine Entwicklungsreihe, an die sich die bei der Grunderhebung 1970 ermittelten Betriebszahlen anschließen. Aus einer solchen, intern gebildeten Reihe wird deutlich, daß die Abnahmen im unteren und die Zunahmen im oberen Größenklassenbereich sich laufend verstärkt haben. Unter 7,5 ha führt dieses Verfahren nicht zu plausiblen Anschlußwerten zwischen 1969 und 1970. Hier muß die Abnahme der Betriebszahl aus Gründen der Definitionsänderungen zusätzlich berücksichtigt werden. Aus Plausibilitätsüberlegungen läßt sich erkennen, daß sie mit etwa 600 Einheiten veranschlagt werden kann. Unter Berücksichtigung dieser Annahmen ergibt sich, daß die Zahl der Betriebe ab 2 ha LF von 1969 auf 1970 tatsächlich um etwa 1 800 Einheiten abgenommen hat (Vorjahr 1 400, davor 1 100). Im einzelnen dürfte die Zahl der Betriebe zwischen 2 und 30 ha um rund 2 350 Einheiten abgenommen und die der Betriebe mit 30 ha und mehr um 550 Einheiten zugenommen haben.

Dr. Dieter Mohr

Vergleiche auch: "Landwirtschaftliche Betriebe und Arbeitskräfte in Vergangenheit und Zukunft" in Stat. Monatsh. S.-H. 1970, S. 195 (Sept.)

Getreide- und Ölfruchternte 1970

Wetter und Wachstum

Das Erntejahr 1970 brachte mit seinen von Beginn an außergewöhnlichen Witterungsbedingungen ebenso außergewöhnlich gute als auch schlechte Ernteergebnisse je nach Standort und Fruchtart.

Eine für die Herbstbestellung 1969 günstige Witterung führte zu einem verstärkten Wintergetreideanbau und ermöglichte außerdem eine weitere Ausdehnung der Winterrapsanbaufläche. Obwohl der Winter bereits im November 1969 einsetzte, konnten sich die Wintersaaten bis dahin zufriedenstellend entwickeln. Der Winter war von außergewöhnlicher Dauer und (teilweise) schneereich. Gelitten hat darunter vor allem die Wintergerste durch verbreiteten Schneeschimmelbefall, der sich besonders an den Knickrändern zeigte. 12% der Wintergerste-Aussaatfläche mußten umgebrochen werden. Hieraus und auch aus den günstigen Vorjahreserträgen der Sommergerste wird erklärlich, daß der Sommergersteinbau gegenüber 1969 erheblich ausgedehnt, der aller übrigen Sommergetreidearten dagegen stark eingeschränkt wurde.

Beim Winterraps zeigten sich wesentlich geringere Auswinterungsschäden. Während im Frühjahr 1969 18% der Aussaatfläche umgebrochen werden mußte, waren es im Frühjahr 1970 nur 4%.

Der langandauernde Winter und die darauffolgende Nässe verzögerten die Frühjahrsbestellung erheblich, so daß der Wachstumsstand der Feldfrüchte, insbesondere des Sommergetreides, anfangs recht ungünstig beurteilt wurde. Im Mai, Juni und im Juli folgten teilweise anhaltende Trockenperioden, die insbesondere auf den leichten Böden zu Sandverwehungen und später zu Dürreschäden führten. Auf besonders betroffenen Standorten kam es bei Hafer und Sommergerste zu vollkommenem Ertragsausfall. Winterroggen wurde stellenweise notreif. Die nach der Trockenperiode Ende Juni und Anfang Juli folgenden Regenfälle führten wiederum besonders bei Sommergetreide auf den leichten Geestböden zu verbreitetem Zwiewuchs. Hierdurch gab es Mindererträge, verspätete Erntetermine und teilweise hohe Feuchtigkeitsgehalte des geernteten Getreides.

Der Winterraps versprach, nach der günstigen Anfangsentwicklung und gutem Wachstumsstand bis Ende Juni, etwa durchschnittliche Erträge zu bringen. Starker Schädling-Spätbefall (Kohlschotenrüssler und -mücke) ließen ab Mitte Juli dann große Ertragsausfälle erwarten, insbesondere im Nordosten unseres Landes.

Am Ende führten die Schäden nicht zu Mißernten, wenngleich sie den Ertrag im Landesmittel um mehrere dz/ha gesenkt haben dürften.

Ernteverlauf

Der verspätete Vegetationsbeginn im Frühjahr, die anhaltende Dürre in den Monaten Mai und Juni sowie die nachfolgenden reichen Niederschläge führten zu verspäteten Ernteterminen. Besonders in den durch die Dürre stärker betroffenen Gebieten verzögerte der verbreitete Zwiewuchs beim Sommergetreide die Getreideernte erheblich. Noch im September wurde Sommergerste gemäht. Während die Getreideernte in den Vorjahren Mitte September praktisch abgeschlossen war, waren 1970 Ende September noch 4% der Getreideflächen nicht abgeerntet. Die Anfang September einsetzende und drei Wochen anhaltende Schlechtwetterperiode verzögerte die Getreideernte weiter und auch die Qualität des Getreides verschlechterte sich (Auswuchs, hohe Feuchtigkeitsgehalte). Erst um den 20. September kam es zu einer durchgreifenden Wetterbesserung, so daß die Erntearbeiten vorangebracht werden konnten.

Erträge

Bei Ertragsvergleichen muß besonders im Jahre 1970, in dem sich die extremen Witterungsverhältnisse je nach geographischer Lage und Bodengüte sehr unterschiedlich, teilweise gegensätzlich ausgewirkt haben, nach Anbaugebieten und nach Anbauverteilung unterschieden werden.

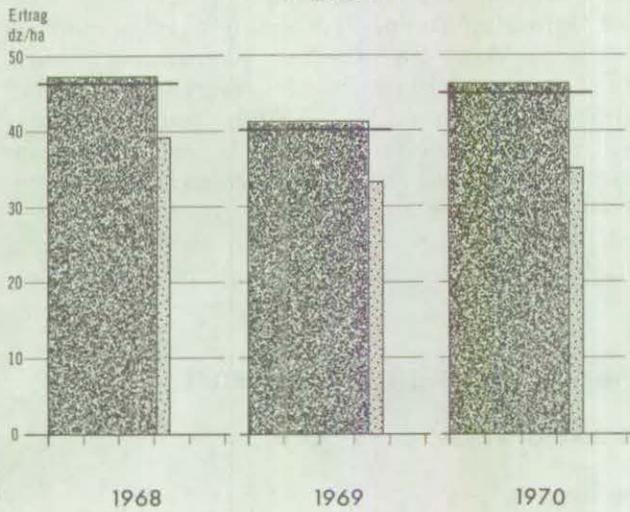
Vorweg seien daher die Geestanteile der verschiedenen Getreidearten und des Winterrapses dargestellt:

Anteil der Geestbauflächen bei Getreide und Raps 1970

Getreideart	Anbau 1970		
	Schleswig-Holstein	darunter auf der Geest	
	1 000 ha	1 000 ha	%
Weizen	94,0	9,6	10
Roggen	75,9	49,9	66
Wintergerste	58,1	4,8	8
Sommergerste	55,9	33,2	59
Hafer	103,9	41,4	40
Sommerngetreide	21,9	13,5	62
Winterraps	46,2	2,7	6

Anbau und Ertrag der wichtigsten Getreidearten in der Geest und im übrigen Schleswig-Holstein 1968-1970

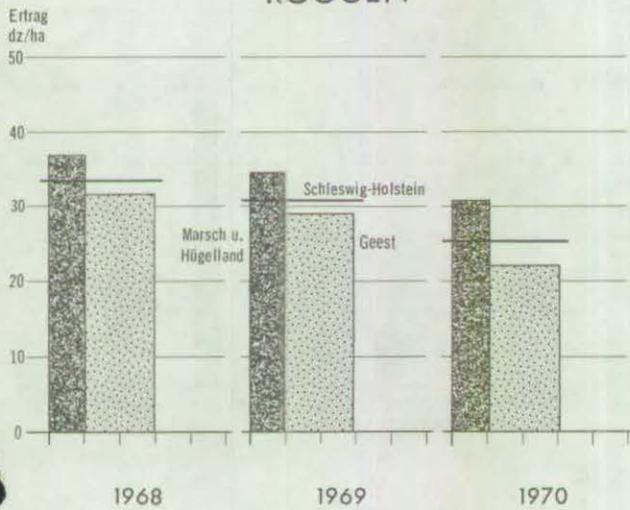
WEIZEN



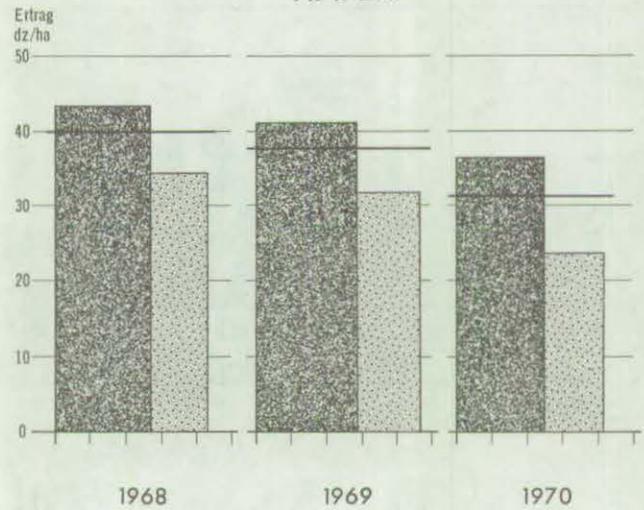
SOMMERGERSTE



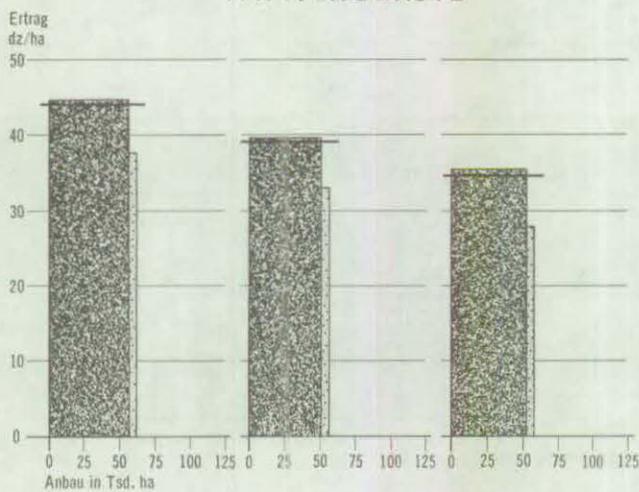
ROGGEN



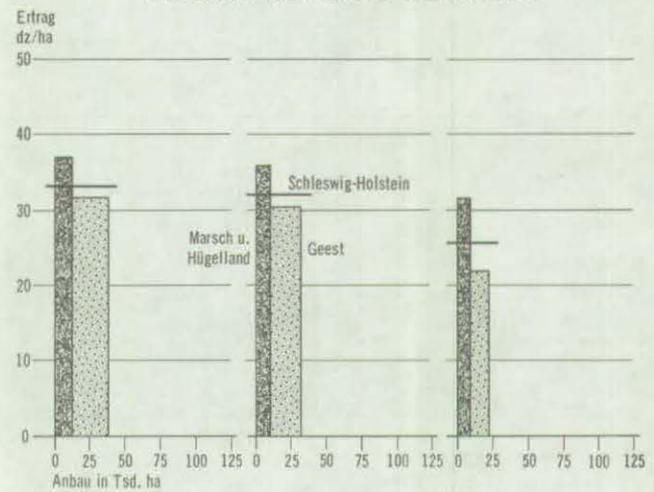
HAFER



WINTERGERSTE



SOMMERMENGGETREIDE



Hohe Geestanteile haben vor allem Roggen, Sommermenggetreide und Sommergerste und auch noch Hafer. Da die Dürreschäden fast ausschließlich auf leichten Geestböden aufgetreten sind und allgemein die Getreideerträge vor allem auf der Geest zurückgeblieben sind, haben auch nur die genannten Getreidearten besonders starke Ertrags-einbußen im Landesmittel aufzuweisen.

Die vorstehenden Grafiken zeigen die Erträge der Getreidearten 1968, 1969 und 1970 in Marsch und Hügelland zusammen und daneben auf der Geest sowie für Schleswig-Holstein zusammen. Die Breite der Säulen stellt die Anbauflächen und damit das Gewicht der

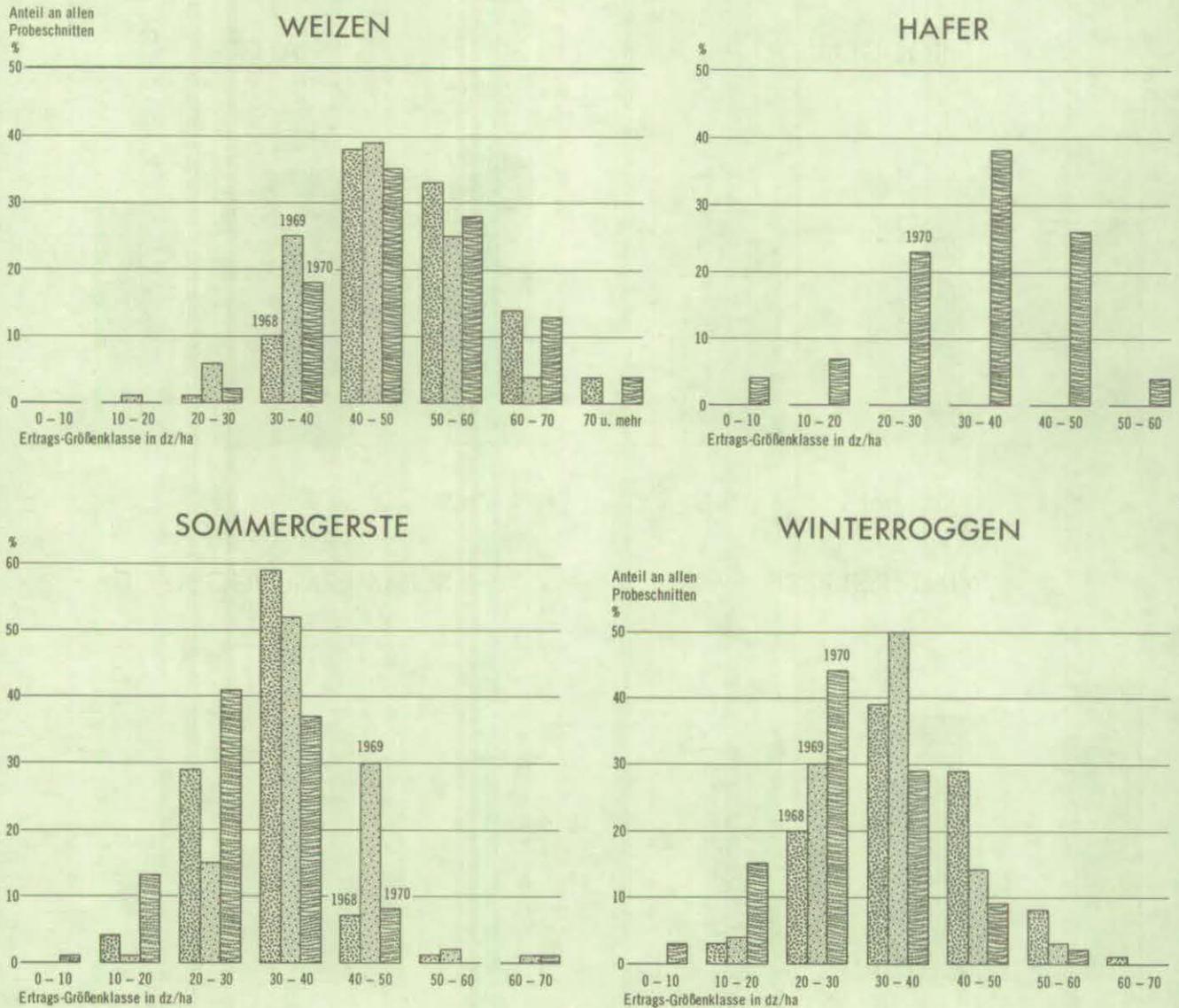
Naturräume für den Durchschnittsertrag des Landes dar.

Aus den grafischen Darstellungen wird ersichtlich, daß die Ertragsrückgänge 1970 auf der Geest erheblich stärker waren, als auf den besseren Standorten, der Marsch und dem Hügelland. Weiterhin wird nochmals deutlich, daß die starken Ertragsrückgänge im Landesdurchschnitt bei Roggen (- 18%), Sommermenggetreide (- 21%), Sommergerste (- 22%) und bei Hafer (- 17%) eng mit dem hohen Geestanteil zusammenhängen. Die einzige Getreideart, die 1970 höhere Erträge brachte, ist der Weizen, der 1970 höhere Erträge brachte, wo der Weizen allerdings nur gering verbreitet

D - 4220

Verteilung der Probeschnitte der vier wichtigsten Getreidearten auf Ertrags-Größenklasse 1968, 1969 u. 1970

- Ernteverluste nicht berücksichtigt -



ist, dafür aber auch überwiegend auf besseren Standorten vorkommt. Bei der Wintergerste ist ein erheblicher Ertragsrückgang festzustellen, der hier eine Folge der starken Auswinterungsschäden, besonders an den Knickrändern, sein dürfte. Dürreschäden dürften hier kaum aufgetreten sein, da der Geestanteil bei der Wintergerste sehr klein ist.

Aus den vorstehenden Grafiken werden die unterschiedlichen Ertragsverhältnisse zwischen den einzelnen Jahren und den einzelnen Getreidearten, die wiederum eng mit der Anbauverteilung der Getreidearten auf die Naturräume und Bodengüten zusammenhängen, besonders deutlich. Die Streuungsverhältnisse lassen sich nur für die Getreidearten ermitteln, die in die repräsentativen Erntemessungen einbezogen sind.

Es zeigt sich einmal das weit höhere Ertragsniveau des Weizens, der fast ausschließlich auf den besseren Standorten verbreitet ist und daher auch 1970 keine Ertragseinbußen hinnehmen mußte. Ganz anders beim Roggen, bei dem die Verbreitung auf ungünstigen Standorten nicht nur ein wesentlich niedrigeres Ertragsniveau, sondern darüber hinaus auch erhebliche Ertragseinbußen und teilweise unzureichende Erträge bewirkt hat. Bei der Sommergerste wird einmal das schlechte Erntergebnis von 1968 deutlich, zum anderen die auf den schlechten Standorten aufgetretenen Dürreschäden. Letzteres gilt auch für Hafer, der erst im Jahre 1970 in die repräsentativen Erntemessungen einbezogen wurde.

Sorten

Auf den flächenproportional ausgewählten Probeschnittpfeldern der Erntemessungen wurden auch die Getreidesorten festgestellt, so daß für die verbreitetsten Sorten Durchschnittserträge errechnet werden konnten. Für Weizen wurden darüberhinaus auch sortenweise Merkmale für die Backqualität festgestellt.

Der Winterweizen brachte 1970 im Landesmittel einen Hektarertrag von 46,0 dz/ha bei einem durchschnittlichen Proteingehalt von 13,0% i. Tr. und einen Sedimentationswert von 36. Diese Meßzahlen für die Backqualität liegen erheblich günstiger als in den übrigen Bundesländern. Der durchschnittliche Proteingehalt aller Proben im Bundesgebiet betrug nur 12,1% i. Tr. und der durchschnittliche Sedimentationswert 26.

Erreicht wurde die hohe Backqualität in Schleswig-Holstein vor allem durch Umstellung auf Qualitätsweizensorten und durch entsprechende Pflege und Düngung. Die nach-

folgende Übersicht zeigt, daß sich hohe Qualität und hohe Erträge keineswegs ausschließen. Die Ertragsunterschiede der Sorten sind vor allem standortbedingt (Bodengüte).

Sortenverteilung, -erträge und -qualität des Winterweizens 1970

Sorte	Anteil der Sorte an allen Probeschnitten in %	Ertrag (Schl.-Holst. = 100)	Backqualität Proteingehalt % i. Tr.	Sedimentationswert	Durchschnittl. Ackerzahl der Probeschnittpfelder
Diplomat	35	103	13,3	36	57
Fema	26	93	13,3	48	54
Caribo	21	116	12,0	25	63
Jubilär	5	(80)	(13,5)	(29)	49
Breustedts Werla	4	(85)	(13,4)	(32)	50
Übrige Sorten	9	.	.	.	58
Zusammen	100	(46,0 dz/ha)	13,0	36	57

An Sommerweizen wurde 1970 fast ausschließlich die Sorte Kolibri angebaut. Es handelt sich hierbei ebenfalls um einen Qualitätsweizen, der im Durchschnitt der eingesandten 26 Proben einen Proteingehalt von 15,0% i. Tr. und einen Sedimentationswert von 61 brachte.

Beim Roggen werden die Petkuser Sorten sehr bevorzugt. Sortenanteile und Erträge der drei verbreitetsten Sorten zeigt die nachstehende Übersicht.

Sortenverteilung und -erträge des Winterroggens 1970

Sorte	Anteil der Sorte an allen Probeschnitten in %	Ertrag (Schleswig-Holstein = 100)	Durchschnittliche Ackerzahl der Probeschnittpfelder
Petkuser Kurzstroh	44	100	32
Petkuser Normalstroh	41	90	30
Carstens Roggen	14	(145)	41
Übrige Sorten	1	.	37
Zusammen	100	(25,4 dz/ha)	33

Beim Vergleich der Sortenerträge ist zu beachten, daß der Carstens Roggen wesentlich günstigere Standorte hatte als der Petkuser Kurzstroh und der Petkuser Normalstroh. Letztere mußten mit ungünstigeren Böden vorlieb nehmen, was sich wegen der Dürreperiode des Frühsommers 1970 besonders stark auswirkte.

Wesentlich mehr verschiedene Sorten werden bei der Sommergerste angebaut. Häufigst verwendete Sorte war auch 1970 noch Ackermanns MGZ. Diese Sorte reichte im

durchschnittlichen Hektarertrag nicht an die Erträge der übrigen einzeln nachweisbaren Sorten heran. Auch hier dürfte jedoch vor allem der Standort für die Unterschiede verantwortlich sein, da die MGZ auf den leichten Geestböden bevorzugt wird. Das relativ bessere Wuchsbild im Vergleich zu einigen Sorten mit höherem Ertragspotential mag hier eine Rolle spielen. Wegen der unterschiedlichen Standort- und Bewirtschaftungsbedingungen läßt sich aus den Sortenergebnissen kaum eine Aussage über das Ertragspotential der einzelnen Sorten treffen.

Sortenverteilung und -erträge der Sommergerste 1970

Sorte	Anteil der Sorte an allen Probe-schnitten in %	Ertrag (Schleswig-Holstein = 100)	Durchschnittliche Ackerzahl der Probe-schnitfelder
Ackermanns MGZ	25,0	86	35
Amsel	13,5	97	37
Asse	11,5	128	47
Inis	10,5	99	41
Emir	7,5	109	37
Aspa	6,5	111	46
Breuns Wisa	5,5	92	30
Übrige Sorten ¹	20,0	.	41
Zusammen	100	(26,6 dz/ha)	39

1) wegen zu geringen Anteils ist ein Einzelnachweis zu unsicher

Auch beim Hafer wurde eine große Zahl verschiedener Sorten angebaut, von denen in der nachstehenden Übersicht sechs einzeln nachgewiesen werden. Die Anteile der übrigen sieben angetroffenen und bekannten Hafer-sorten sind ebenso wie acht weitere Winterweizensorten und elf weitere Sommergerstesorten zu klein, um repräsentative Erträge oder Qualitätsmerkmale feststellen zu können. Wie bei den bereits besprochenen Getreidearten zeigt sich auch beim Hafer eine regionale Differenzierung und damit Einfluß der Standorte auf die Durchschnittserträge der einzelnen Sorten. Die Höhe der durchschnittlichen Sortenerträge hängt eng mit der Höhe der durchschnittlichen Ackerzahl der Probefelder zusammen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Getreideernte 1970 je nach Standort sehr unterschiedlich zu beurteilen ist. Wie auch

Sortenverteilung und -erträge des Hafers 1970

Sorte	Anteil der Sorte an allen Probe-schnitten in %	Ertrag (Schleswig-Holstein = 100)	Durchschnittliche Ackerzahl der Probe-schnitfelder
Marino	24	110	58
Tiger	20	107	49
Sonnenhafer	18	95	39
Luxor	11	115	51
Flämingskrone	7	84	40
Goldsherry	5	77	35
Übrige Sorten ¹	15	.	35
Zusammen	100	(31,5 dz/ha)	46

1) wegen zu geringen Anteils ist ein Einzelnachweis zu unsicher

in früheren Jahren mit größeren Trockenperioden sind die Erträge auf den leichten Geestböden im allgemeinen recht ungünstig ausgefallen, stellenweise kam es sogar zu Mißernten. Das Getreide konnte zum großen Teil mit nicht zu hohen Feuchtigkeitsgehalten gedroschen werden. Lediglich von den Sommergerste- und Haferproben hatten 60% und 30% Feuchtigkeitsgehalte von über 23%. Ursachen dürften vor allem der häufige Zwiewuchs und auch die verspäteten Erntetermine sein. Auch bei Sommerweizen mußten teilweise hohe Feuchtigkeitsgehalte hingenommen werden. Hier war auch bei einem Viertel der Proben über 15% Auswuchs festzustellen. Hinzu kam noch ein Viertel der Proben mit leichtem Auswuchs. Bei Winterweizen hatte ein Drittel, bei Winterroggen sogar über 90% der Proben leicht Auswuchs (bis zu 2%). Insgesamt gesehen waren die Auswuchsschäden jedoch gering.

Die Gesamternte an Getreide lag 1970 mit 1,35 Millionen t um 11% niedriger als im Vorjahr und um 6% unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Die Rapsernte dagegen wuchs trotz unterdurchschnittlicher Hektarerträge infolge des weiter gestiegenen Anbaues auf 107 000 t an, das sind 9% mehr als 1969 und 37% mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Anbau und Ernten 1969" in Stat. Monatsh. S.-H. 1970, S. 143 (Januar) sowie "Getreideernte 1970" und "Ölfruchternte 1970" in Wirtschaft und Statistik 1970, S. 521 bzw. 523 (Oktober)

Gebäude und Wohnungen 1968 nach Gemeindegrößenklassen

Die Wohnungszählung am 25. Oktober 1968 hat für jede Gemeinde 107 gebäude- und wohnungsstatistische Daten gebracht, die auch in kleinräumlicher Gliederung, zum Beispiel für Zwecke der Städtesanierung, erstellt werden können. Diese statistischen Unterlagen für kleine und kleinste regionale Einheiten, also für Stadt- oder Gemeindeteile, statistische Bezirke, Baublöcke, Straßen und Straßenseiten, sind heute für viele Zwecke der Verwaltung, Wirtschaft und Forschung unentbehrlich geworden. Daneben besteht aber auch das Bedürfnis zur Zusammenfassung solcher Daten. Hierbei kann nach verschiedenen Prinzipien vorgegangen werden. Eines dieser Prinzipien ist die immer übliche Konzentration zu Ergebnissen für Gemeinden und für übergeordnete Verwaltungseinheiten, also für die Kreise und das Land.

Daneben hat sich ein Verfahren bewährt, das unabhängig von der verwaltungsmäßigen oder räumlichen Zuordnung der Gemeinden Ergebnisse nach Größenklassen nachweist. Damit soll ein Bild von der Verteilung der Gebäude und Wohnungen auf die Gemeinden bestimmter Größenordnungen und deren Unterschiede in der Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes gewonnen werden. Eine der Schwächen dieses Gliederungsschemas ist, daß für die Zuordnung zu einer Größenklasse nur die Einwohnerzahl maßgebend ist. Dabei ist es klar, daß selbst zwischen Gemeinden gleicher Größe erhebliche strukturelle Unterschiede bestehen können, die zum Beispiel auf unterschiedliche Flächengröße, Siedlungsstruktur, naturräumliche Zugehörigkeit, Verkehrslage und auf ihre bisherige geschichtliche Entwicklung zurückzuführen sind.

Um einen gewissen Überblick über die Bedeutung der einzelnen Gemeindegrößen-

klassen zu bekommen, sei vorangestellt, daß etwa jeder vierte Schleswig-Holsteiner in einer Gemeinde mit weniger als 2 000 Einwohnern lebt. Fast die Hälfte der Schleswig-Holsteiner wohnt in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Andererseits ist etwa jeder fünfte Einwohner Kieler oder Lübecker.

Baulalter

In den kleinsten Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern liegt der Anteil der Wohngebäude, die vor 1901 errichtet wurden, mit 36% weitaus am höchsten. In den Gemeinden der nächsthöheren Größenklasse mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern beträgt der Anteil dagegen nur noch 19%. Relativ die wenigsten alten Wohngebäude gibt es in Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern. Hier ist dementsprechend der Anteil der Wohngebäude, die 1949 und später gebaut wurden, mit 61% am höchsten. Mit Ausnahme der Gemeinden mit unter 2 000 und über 50 000 Einwohnern ist in allen Gemeinden Schleswig-Holsteins durchschnittlich mindestens jedes zweite Wohngebäude nach 1948 gebaut worden.

Entsprechend der Zahl der Wohngebäude hat sich auch die Zahl der Wohnungen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen seit der Wohnungszählung 1956 erhöht. Während in den beiden größten Städten Schleswig-Holsteins der Gesamtwohnungsbestand um 41% und in Flensburg und Neumünster zusammen gar nur um 34% anstieg, wuchs dieser Bestand in den Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern um 68%. Nur in den kleinsten Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern war die relative Zunahme noch geringer als in den kreisfreien Städten.

Nach dem 2. Weltkrieg haben also die mittelgroßen Gemeinden verhältnismäßig die regste Bautätigkeit entfaltet. Das liegt insbesondere daran, daß sich das Hamburger Randgebiet industriell stark entwickelt hat und dementsprechend die Bevölkerung und die Nachfrage nach Wohnungen überdurchschnittlich angestiegen ist, und zum anderen an der Tendenz, wegen der hohen Grundstückspreise in den kreisfreien Städten in die Randgemeinden auszuweichen. So wurden in der ehemaligen Gemeinde Harksheide, die jetzt zu Norderstedt gehört, 81%, in Schenefeld 80% und in Reinbek 74% der Wohnungen nach 1948 gebaut. In der Kieler Randgemeinde Kronshagen liegt der Anteil mit 69% ebenfalls noch erheblich über dem Durchschnitt von 62% für alle Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern. Eine besondere Stellung nimmt

Gebäude und Unterkünfte nach der Gemeindegröße

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Wohngebäude ¹		Sonstige Gebäude mit Wohnungen	Bewohnte Unter- künfte
	Insgesamt	darunter landwirt- schaftliche		
unter 2 000	143 081	33 875	2 661	1 850
2 000 bis 5 000	51 965	3 274	1 860	1 069
5 000 " 10 000	50 999	1 685	2 409	1 037
10 000 " 20 000	49 388	851	2 172	961
20 000 " 50 000	51 281	509	2 238	764
50 000 " 100 000	19 535	101	802	313
100 000 und mehr	54 944	405	1 948	1 342
Schleswig-Holstein	421 193	40 700	14 090	7 336

1) ohne Wochenend- und Ferienhäuser

Baualter, Ausstattung und Beheizung der Wohnungen nach der Gemeindegröße

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Wohnungen ¹ Insgesamt	nach dem Baujahr des Gebäudes			nach der Ausstattung			nach der Beheizung		
		bis 1900	1901 bis 1948	1949 und später	mit Bad und WC	ohne Bad mit WC	ohne WC	mit Sammel- heizung	mit Einzel- oder Mehrraumöfen für Öl, Gas, Holz, Kohle, Strom Torf	
unter 2 000	188 279	69 837	52 101	66 341	102 878	17 753	67 648	65 001	29 357	93 921
%	23	37	28	35	55	9	36	35	16	50
2 000 bis 5 000	82 496	16 986	21 370	44 140	54 702	9 558	18 236	35 562	11 545	35 389
%	10	21	26	54	66	12	22	43	14	43
5 000 " 10 000	92 429	15 015	23 600	53 814	66 084	10 918	15 427	44 486	12 454	35 489
%	11	16	26	58	71	12	17	48	13	38
10 000 " 20 000	102 074	16 825	22 339	62 910	74 901	11 798	15 375	48 532	12 219	41 323
%	12	16	22	62	73	12	15	48	12	40
20 000 " 50 000	119 857	19 826	31 235	68 796	87 921	12 550	19 386	61 756	12 262	45 839
%	14	17	26	57	73	10	16	52	10	38
50 000 " 100 000	61 547	12 682	20 724	28 141	35 065	7 914	18 568	19 528	8 979	33 040
%	7	21	34	46	57	13	30	32	15	54
100 000 und mehr	186 737	26 904	68 195	91 638	120 580	27 135	39 022	68 536	18 842	99 359
%	22	14	37	49	65	15	21	37	10	53
Schleswig-Holstein	833 419	178 075	239 564	415 780	542 131	97 626	193 662	343 401	105 658	384 360
%	100	21	29	50	65	12	23	41	13	46

1) ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern

die Fremdenverkehrsgemeinde Westerland mit einem Anteil von 71% ein. Dagegen wurden von den Wohnungen in Glückstadt nur 46%, in Stockelsdorf 50%, in Eutin 51% und in Büdelsdorf und Bad Schwartau 52% nach 1948 errichtet.

Von den kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern liegen ausschließlich Gemeinden des Hamburger Randgebiets über dem durchschnittlichen Anteil von 57% Nachkriegsbauten, und zwar Wedel mit 79%, das jetzt zu Norderstedt gehörende Garstedt mit 78%, Ahrensburg mit 66% und Pinneberg mit 65%. Dem gegenüber stehen Schleswig mit 45%, Itzehoe mit 47% und Husum sowie Eckernförde mit jeweils 48%.

Die hier aufgezeigten Unterschiede zwischen Gemeinden derselben Größenklasse zeigen deutlich, daß auch bei einer Darstellung nach Gemeindegrößenklassen sehr heterogene Einheiten zusammengefaßt werden. Neben der Größe nach der Zahl der Einwohner spielen eben vor allem auch die geographische und wirtschaftliche Lage, die Fläche, die Initiative der Gemeindevertretung und der Grad der Zerstörung im Kriege eine Rolle.

Wie groß die Unterschiede zwischen einzelnen Gemeinden derselben Größenklasse sein können, wird besonders deutlich, wenn man aus der großen Gruppe der Gemeinden mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern extreme Beispiele einander gegenüberstellt. Durchschnittlich sind in Gemeinden dieser Größenklasse 54% der Wohnungen nach 1948 entstanden. Besonders

hoch liegt dieser Anteil in den Kieler Randgemeinden Mönkeberg mit 82%, Raisdorf mit 78% sowie dem jetzt eingemeindeten Wellsee mit 75% und vor allem in Trappenkamp mit 95%. Erheblich unter dem Durchschnitt befinden sich Krempe mit 28%, Hanerau-Hademarschen mit 32%, Bosau mit 33% und Schönberg mit 34%.

Ausstattung

Da sich nach dem Kriege die Ausstattung und die Art der Beheizung der Wohnungen ständig verbesserte, besteht eine enge Beziehung zwischen der relativen Zunahme der Wohnungen und dem Anteil der gut ausgestatteten Wohnungen. So hatten in kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern 73% der Wohnungen Bad und WC, während in Flensburg und Neumünster zusammen nur 57% der Wohnungen derartig gut ausgestattet waren. Diese beiden Städte lagen damit aber nur um 2 Punkte besser als die kleinsten Gemeinden des Landes. Entsprechend war der Anteil der Wohnungen ohne WC in den kleinsten Gemeinden mit 36%, und in Flensburg und Neumünster mit 30% weitaus am höchsten.

Auch hier sind bei den einzelnen Gemeinden derselben Größenklasse zum Teil erhebliche Unterschiede festzustellen. Von den kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern waren in Harksheide 89%, in Reinbek 88%, in Wedel und Garstedt jeweils 87% und in Schenefeld 86% der Wohnungen

mit Bad und WC ausgestattet. Auch hier handelt es sich ausschließlich um Gemeinden im Hamburger Randgebiet. Dagegen betrug der Anteil von Wohnungen dieses Ausstattungstyps in Stockelsdorf 56%, in Ratekau 61%, in Büdelsdorf 63% sowie in Itzehoe und Schleswig jeweils 64%.

Ähnliche Verhältnisse liegen bei der Beheizungsart der Wohnungen vor. In den kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern wurden etwa die Hälfte der Wohnungen durch Sammelheizung und nur etwa zwei Fünftel der Wohnungen durch Einzel- oder Mehrraum-Öfen für Kohle und andere feste Brennstoffe beheizt. Wesentlich ungünstiger sind die Verhältnisse in Flensburg und Neumünster, denn in diesen beiden Städten zusammen wird nur etwa jede dritte Wohnung durch Sammelheizung, dagegen mindestens jede zweite Wohnung durch Einzel- oder Mehrraum-Öfen für feste Brennstoffe beheizt. Sogar die kleinsten Gemeinden stehen im Vergleich zu diesen beiden Städten besser da.

Verhältnismäßig die meisten Wohnungen mit Sammelheizung und die wenigsten Wohnungen mit Einzel- oder Mehrraum-Öfen für feste Brennstoffe gibt es in den kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern. Hier streuen die Anteilwerte zwischen Garstedt und Eckernförde von 77% bis zu 36% für die Wohnungen mit Sammelheizung und von 15% bis zu 54% für die Wohnungen mit Einzel- oder Mehrraum-Öfen für feste Brennstoffe.

Mieten

Nachdem festgestellt wurde, daß sich die kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern hinsichtlich des Anteils der Wohnungen mit Bad und WC sowie mit

Sammelheizung nicht nur von den kleineren kreisangehörigen Gemeinden sondern auch von den kreisfreien Städten positiv abheben, ist es nicht verwunderlich, daß in diesen Gemeinden durchschnittlich auch die höchste Miete je Quadratmeter Wohnfläche gezahlt wurde. In die Ermittlung der Durchschnittsmiete für Mietwohnungen in Wohngebäuden konnten dabei selbstverständlich nur die Mietwohnungen einbezogen werden, für die von der Bevölkerung Mietangaben gemacht wurden. Um den daraus gebildeten Durchschnitt nicht durch Mieten zu verfälschen, die aus besonderen Gründen ermäßigt oder überhöht sind, wurden die Mietangaben für Hausmeister-, Dienst-, Werks- und Stiftswohnungen sowie Berufs- und Geschäftsmietwohnungen ausgeklammert. Insgesamt sind so die Mietangaben für 391 000 Mietwohnungen ausgewertet worden.

Danach müssen in Schleswig-Holstein für Mietwohnungen im Durchschnitt 2,37 DM je Quadratmeter gezahlt werden. Hierin sind Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr enthalten, nicht jedoch Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietzuschlag und Zuschlag für Möblierung.

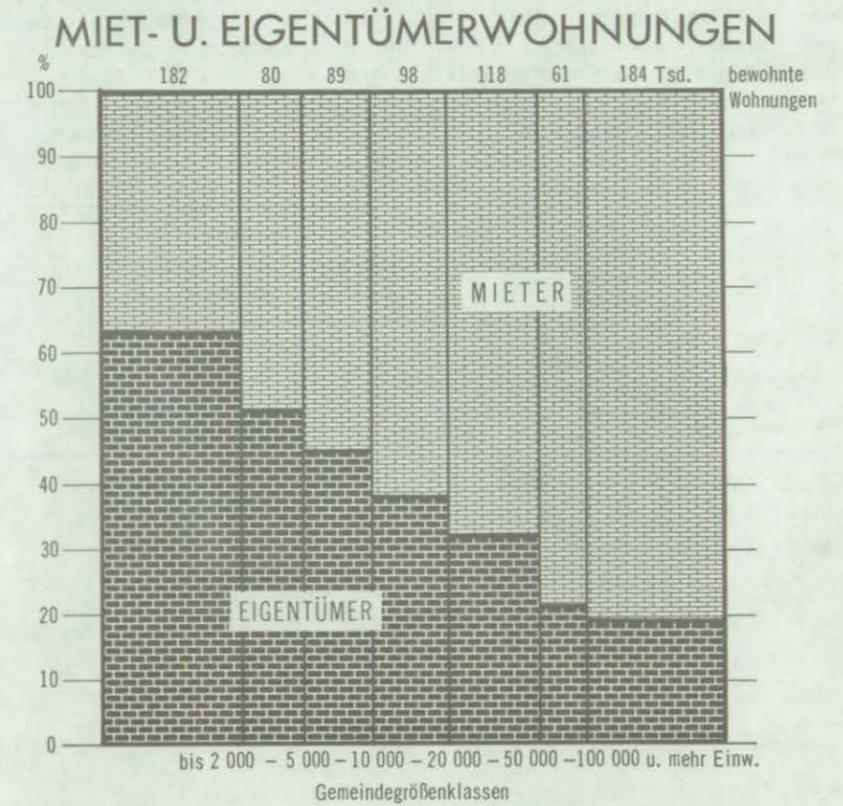
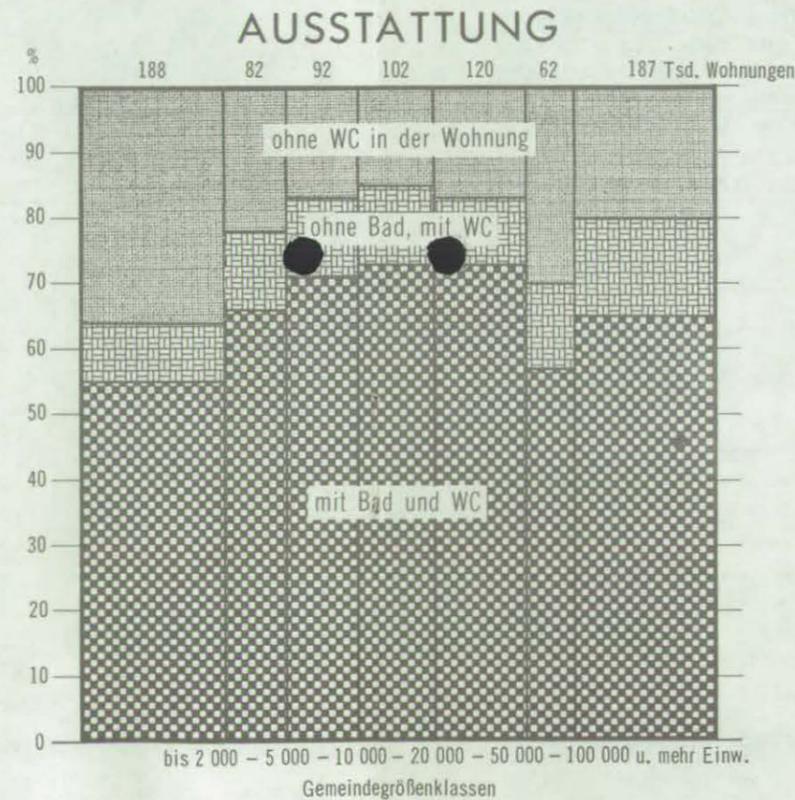
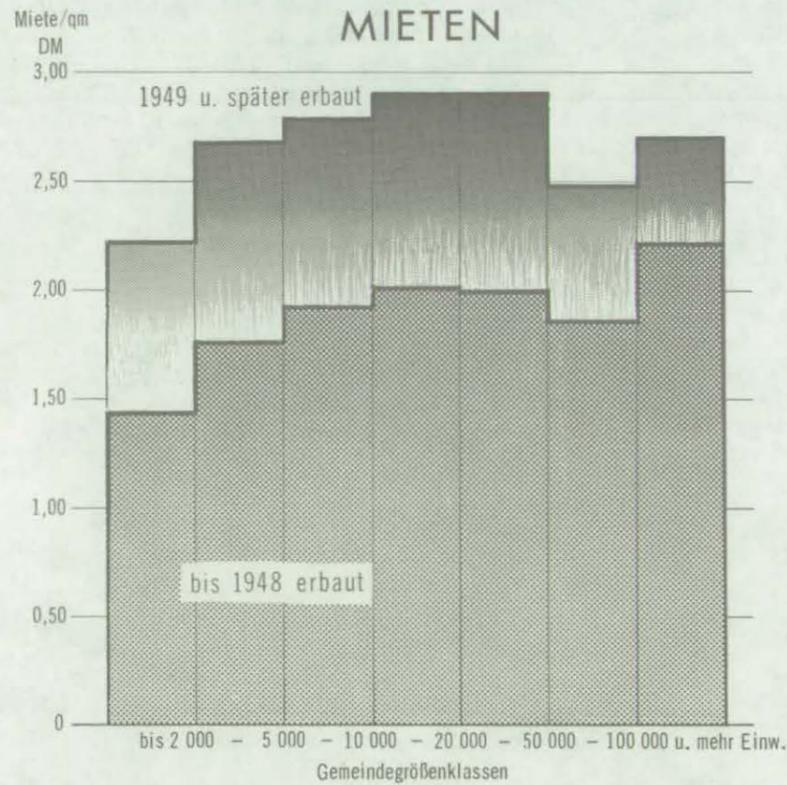
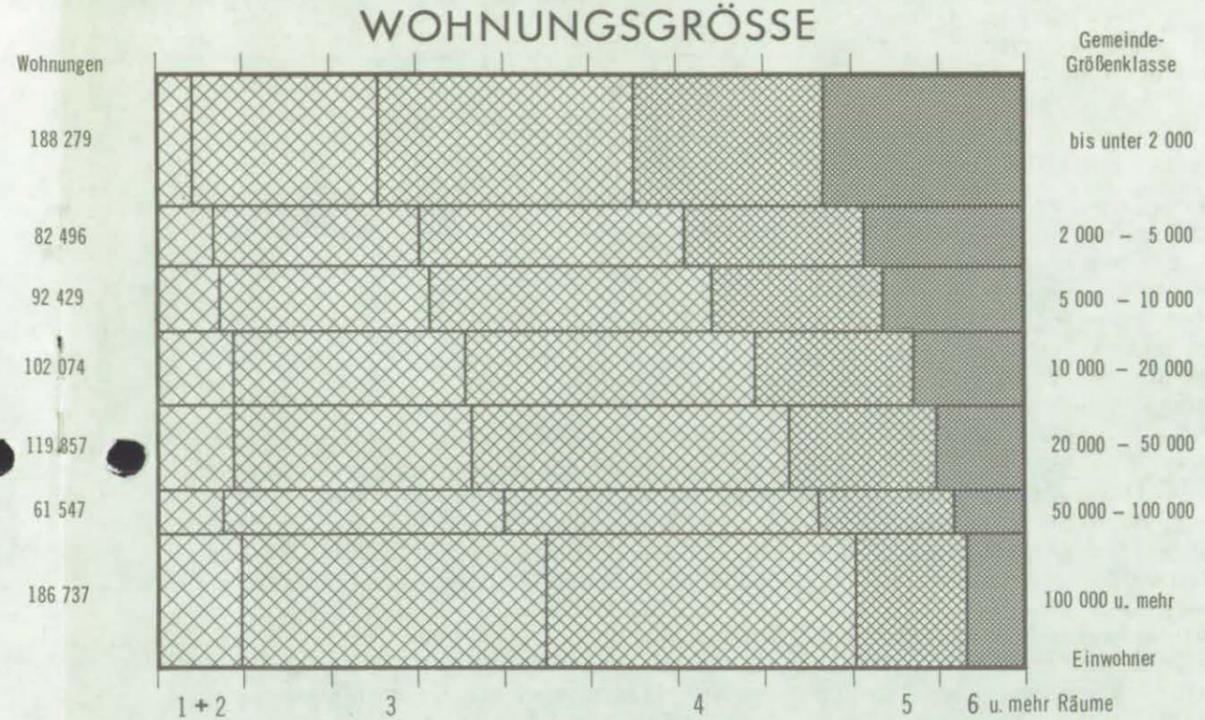
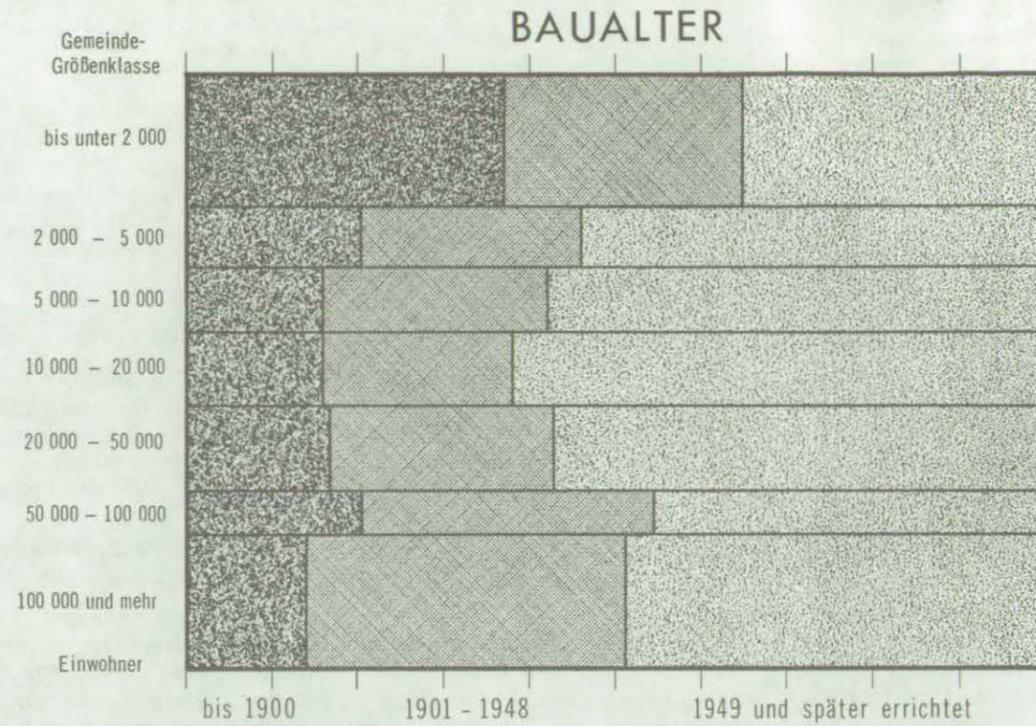
Im Durchschnitt am teuersten sind die Mietwohnungen in den kreisangehörigen Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern. Hier zahlt man im Durchschnitt immerhin 2,60 DM Miete je Quadratmeter, und zwar für die bis 1948 gebauten Wohnungen etwa 2,00 DM und für die nach 1948 gebauten Wohnungen etwa 2,90 DM. In den beiden kreisfreien Städten Kiel und Lübeck zusammen wird für einen Quadratmeter Wohnfläche dagegen durchschnittlich nur soviel verlangt wie in den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern, nämlich etwa 2,45 DM. Die neueren

Durchschnittsmieten nach der Gemeindegröße

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Bewohnte Mietwohnungen ¹ in den Wohngebäuden mit Mietangaben					
	Insgesamt		nach dem Baualter der Gebäude			
			bis 1948		1949 und später	
	Wohnungen	Miete in DM je qm	Wohnungen	Miete in DM je qm	Wohnungen	Miete in DM je qm
unter 2 000	39 306	1,69	27 019	1,44	12 287	2,23
2 000 bis 5 000	29 367	2,27	13 391	1,77	15 976	2,69
5 000 " 10 000	38 168	2,46	14 841	1,93	23 327	2,80
10 000 " 20 000	50 645	2,60	17 969	2,02	32 676	2,91
20 000 " 50 000	67 499	2,58	25 972	2,01	41 527	2,92
50 000 " 100 000	41 069	2,13	23 698	1,86	17 371	2,49
100 000 und mehr	124 877	2,46	63 893	2,22	60 984	2,71
Schleswig-Holstein	390 931	2,37	186 783	1,96	204 148	2,75

1) ohne Dienst-, Werks-, Berufs- und Geschäftswohnungen

Wohnungen nach der Gemeindegröße 1968



Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968

Wohnungen sind in den kleineren Gemeinden im Durchschnitt sogar um etwa 0,10 DM je Quadratmeter teurer. Für eine vergleichsweise niedrige Durchschnittsmiete kann man in den kreisfreien Städten Flensburg und Neumünster wohnen, denn hier werden durchschnittlich etwa 2,15 DM je Quadratmeter Wohnfläche verlangt. Nur in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern ist die Durchschnittsmiete noch niedriger.

Miete und Eigentum

Insgesamt gab es am 25. Oktober 1968 rund 492 500 bewohnte Mietwohnungen. Bei insgesamt 811 000 bewohnten Wohnungen entspricht dies einem Anteil von 61%. Die übrigen 318 500 bewohnten Wohnungen sind Eigentümerwohnungen, zu denen die von den Gebäudeeigentümern oder deren Angehörigen bewohnten Wohnungen und die Eigentumswohnungen gehören.

Zwischen dem Anteil der Mietwohnungen an den Wohnungen insgesamt und der Größe der Gemeinde besteht eine enge Beziehung, denn je größer die Gemeinde ist, um so größer ist der Anteil der Mietwohnungen und um so geringer dementsprechend der Anteil der Eigentümerwohnungen. So steigt der Anteil der bewohnten Mietwohnungen von 37% in den kleinsten Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern stetig von Gemeindegrößenklasse zu Gemeindegrößenklasse bis zu 81% in den beiden kreisfreien Städten Kiel und Lübeck, wobei in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern durchschnittlich etwa zwei Fünftel und in Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern durchschnittlich etwa sieben Zehntel der Wohnungen Mietwohnungen sind.

Miet- und Eigentümerwohnungen nach der Gemeindegröße

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Wohnungen insgesamt	davon			
		Eigentümer- wohnungen		Mietwohnungen	
		Anzahl	%	Anzahl	%
unter 2 000	182 127	115 533	63	66 594	37
2 000 bis 5 000	79 688	41 018	51	38 670	49
5 000 " 10 000	88 922	39 735	45	49 187	55
10 000 " 20 000	98 309	37 661	38	60 648	62
20 000 " 50 000	117 633	37 646	32	79 987	68
50 000 " 100 000	60 691	12 505	21	48 186	79
100 000 und mehr	183 654	34 427	19	149 227	81
Schleswig-Holstein	811 024	318 525	39	492 499	61

Wohnungsgröße

Eine ähnlich enge Korrelation besteht zwischen Wohnungsgröße (Raumzahl) und der Gemeindegröße. Da die Eigentümerwohnungen durchschnittlich größer sind als die Mietwohnungen, ergibt sich folgerichtig, daß der Anteil der größeren Wohnungen mit sinkender Einwohnerzahl steigt. Und zwar steigt der Anteil der Wohnungen mit sechs und mehr Räumen von 6% in den beiden größten Städten stetig bis auf 24% in den kleinsten Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Die Wohnungen mit vier und mehr Räumen, zu denen im Landesmittel zwei Drittel gehören, nehmen mit sinkender Gemeindegröße anteilmäßig von 55% stetig bis auf 75% zu. In den kleinen Gemeinden hat also durchschnittlich nur jede vierte Wohnung weniger als vier Räume, während in Kiel und Lübeck immerhin fast jede zweite Wohnung nicht größer ist.

Wohnungsgröße und Gemeindegröße

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Wohnungen ¹ insgesamt	davon mit ... Räumen											
		1	%	2	%	3	%	4	%	5	%	6 und mehr	%
unter 2 000	188 279	882	0	6 774	4	40 089	21	55 079	29	41 064	22	44 391	24
2 000 bis 5 000	82 496	713	1	4 709	6	19 567	24	25 396	31	16 978	21	15 133	18
5 000 " 10 000	92 429	1 125	1	5 533	6	22 430	24	30 077	33	18 246	20	15 018	16
10 000 " 20 000	102 074	1 490	1	7 450	7	27 243	27	34 408	34	18 475	18	13 008	13
20 000 " 50 000	119 857	1 578	1	8 950	7	32 794	27	43 656	36	20 406	17	12 473	10
50 000 " 100 000	61 547	631	1	4 025	7	19 986	32	22 268	36	9 595	16	5 042	8
100 000 und mehr	186 737	3 312	2	14 846	8	65 917	35	66 536	36	24 321	13	11 805	6
Schleswig-Holstein	833 419	9 731	1	52 287	6	228 026	27	277 420	33	149 085	18	116 870	14

1) ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern

Zu den Räumen einer Wohnung gehören neben Wohn- und Schlafräumen auch Kinderzimmer, untervermietete und gewerblich genutzte Räume. Nicht dazu gehören Nebenräume wie Badezimmer, Toilette, Flur, Speise- und

Abstellkammer; Räume mit weniger als 6 qm Wohnfläche werden nicht mitgezählt.

Dipl.-Volksw. Peter Möller

Vergleiche auch: "Gebäude und Wohnungen 1968" in Stat. Monatsh. S.-H. 1970, S. 131 (Juni) und 268 (November)

Wohngeld 1969/70

Der Besitz einer angemessenen Wohnung zählt zu den elementaren menschlichen Bedürfnissen. Eine unzureichende Unterbringung der Bevölkerung kann deshalb von keinem Sozialstaat hingenommen werden. Ist die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu tragbaren Lasten nicht gegeben oder gefährdet, so ist die Beseitigung dieses Mißstands ein vorrangiges gesellschaftspolitisches Ziel.

Ein besonderes Gewicht kommt der staatlichen Wohnungspolitik dann zu, wenn ein großer Teil der Bevölkerung in Notunterkünften wohnen muß, wenn also allgemeine Wohnungsnot herrscht. Eine solche Situation war im gesamten Gebiet der Bundesrepublik, insbesondere auch in Schleswig-Holstein, bei Kriegsende gegeben. Damals reichte der nach den Kriegereignissen verbliebene Wohnungsbestand bei weitem nicht aus, den notwendigsten Bedarf der - durch den Zustrom von Flüchtlingen sogar noch angewachsenen - Bevölkerung zu decken. In einer derartigen Lage war an eine Liberalisierung des Wohnungsmarktes selbstverständlich nicht zu denken. Wohnungsbewirtschaftung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus standen im Mittelpunkt der staatlichen Wohnungspolitik.

Nachdem sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt bis Anfang der sechziger Jahre sichtbar entspannt hatte, tauchte in der wohnungspolitischen Diskussion immer häufiger die Forderung nach einer Liberalisierung des Wohnungsmarktes auf, weil die Wohnungsbewirtschaftung nicht in ein System der Marktwirtschaft hineinpaßt. Hierbei war man sich darüber einig, daß die Liberalisierung des Wohnungsmarktes zu - regional unterschiedlich hohen - Mietsteigerungen führen würde. Auftretende soziale Härten sollten deshalb durch die Zahlung von Wohngeld, das heißt durch individuelle, subjektbezogene Förderungsmaßnahmen der Mieter und Wohnungseigentümer vermieden werden.

Mit dem Wohnbeihilfegesetz vom 29. Juli 1963, das durch das Wohngeldgesetz vom 1. April

1965 novelliert wurde, schuf der Gesetzgeber die Voraussetzung für die seit Mitte der sechziger Jahre schrittweise durchgeführte Liberalisierung des Wohnungsmarktes. Während bis 1963 die staatliche Wohnungspolitik den Wohnungsbau ausschließlich objektbezogen gefördert, das heißt das Wohnungsangebot mit Hilfe der Maßnahmen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus erhöht hatte, wurde seitdem durch die Wohngeldzahlungen auch die Nachfrageseite des Wohnungsmarktes beeinflusst. Die Wohngeldzahlungen, deren Höhe abhängig vom Wohnungsbedarf (Haushaltsgröße) und der individuellen Belastbarkeit (Familieneinkommen) ist, sollen die Begünstigten in die Lage versetzen, angemessenen Wohnraum zu den Marktbedingungen nachzufragen.

Der Gesetzgeber hat im § 1 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 1. April 1965 ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das Wohngeld keine Leistung der Sozialhilfe im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes ist. Eine Rückzahlungsverpflichtung der empfangenen Leistungen bei einem später steigenden Familieneinkommen besteht also nicht.

Am 1. Januar 1971 ist das 2. Wohngeldgesetz in Kraft getreten. Es sieht gegenüber dem Wohngeldgesetz von 1965 wesentliche Änderungen vor. Zum einen hatte sich gezeigt, daß die bisherigen Vorschriften zu kompliziert waren, so daß sie einerseits nicht von allen Begünstigten voll verstanden wurden und andererseits von der Verwaltung schwierig zu handhaben waren und deshalb einen hohen Verwaltungsaufwand erforderten. Die Wohngeldvorschriften sind daher im 2. Wohngeldgesetz in vertretbarem Rahmen vereinfacht worden, so daß sich nunmehr jeder Antragsteller ausrechnen kann, ob er einen Anspruch hat und gegebenenfalls in welcher Höhe. Zum andern kommen im 2. Wohngeldgesetz materielle Verbesserungen hinzu, die in Anbetracht der gestiegenen Lebenshaltungskosten, insbesondere auch der Neubaumieten, und der Einkommensentwicklung erforderlich waren.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Staat den liberalisierten Wohnungsmarkt von zwei Seiten her beeinflußt. Auf der Angebotsseite geschieht dies durch die Maßnahmen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, auf der Nachfrageseite durch die Zahlung von Wohngeld.

Hin und wieder wurde kritisiert, daß Wohngeldzahlungen keine zweckmäßige Ergänzung der Wohnungsbauförderung durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus darstellten. Vielmehr sei es so, daß das Wohngeldgesetz tendenziell Mietsteigerungen hervorrufe, weil gewisse moralische Schranken gegen Mieterhöhungen abgebaut werden: wenn ein Vermieter weiß, daß Mieterhöhungen von seinen Mietern ganz oder teilweise via Wohngeldgesetz auf den Staat abgewälzt werden können, wird er eher bereit sein, die Mieten zu erhöhen, als dann, wenn eine Mieterhöhung völlig von seinen Mietern getragen werden muß. Nach Ansicht dieser Kritiker ist es daher sinnvoller, wenn der Staat seine ihm für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden Finanzmittel ausschließlich direkt für den Bau von Wohnungen zu tragbaren Lasten einsetzt. Inwieweit die von Kritikern angeführten Zusammenhänge tatsächlich von Bedeutung sind, läßt sich nicht nachprüfen. Mit fortschreitender Normalisierung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt dürften die genannten Einwände gegen das Wohngeldgesetz jedoch an Gewicht verlieren.

Wohngeldfälle und gezahlte Beträge

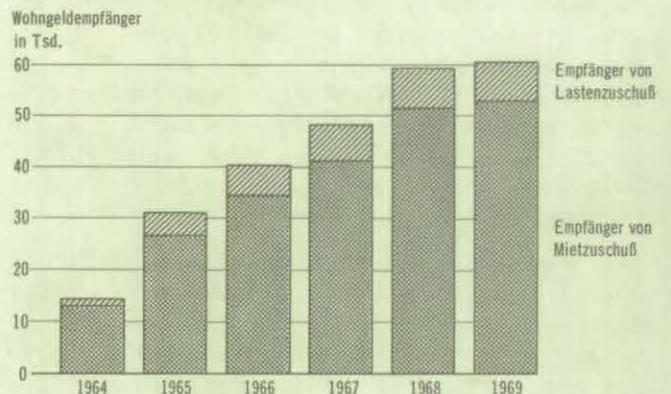
Am 31. 12. 1969 bezogen 60 248 Haushalte Wohngeld. Damit hat sich die Zahl der Empfänger gegenüber dem 31. 12. 1968 (59 233) noch einmal um gut 1 000 erhöht; die in den Vorjahren aufgetretenen Steigerungsraten wurden jedoch bei weitem nicht erreicht. Ein geringfügiger Rückgang trat erstmalig bei den Empfängern von Lastenzuschuß auf.

Während Ende 1968 noch 7 691 Haushalte Lastenzuschuß empfangen, waren es Ende 1969 nur noch 7 583. Demgegenüber lag die Zahl der Mietzuschußempfänger Ende 1969 mit 52 665 noch deutlich höher als Ende 1968 (51 542).

Die Aufwendungen für das Wohngeld werden von Bund und Land je zur Hälfte getragen. Während im Jahr 1964 nur rund 5,6 Mill. DM für diesen Zweck bereitgestellt werden mußten, beliefen sich die Zahlungen im Jahr 1969 auf 37,8 Mill. DM. Hiervon entfielen 30,2 Mill. DM

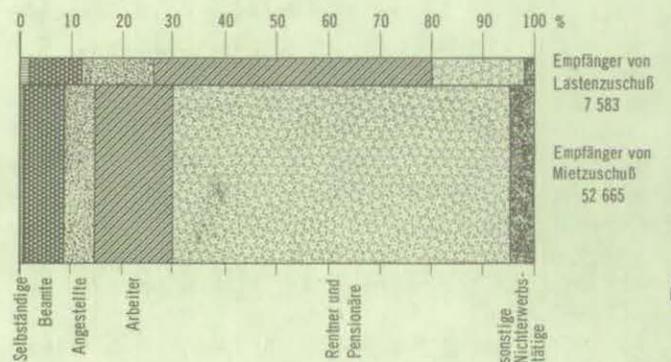
Wohngeldempfänger Entwicklung von 1964 bis 1969

D - 4218



Die soziale Stellung der Wohngeldempfänger

- 31. Dezember 1969 -



Wohngeldzahlungen und Wohngeldempfänger 1964 bis 1970

	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970 ^{a)}
Wohngeldempfänger am 31. Dezember	14 413	31 049	40 196	48 423	59 233	60 248	52 707
davon Empfänger von							
Mietzuschuß	13 008	26 602	34 528	41 499	51 542	52 665	46 190
Lastenzuschuß	1 405	4 447	5 668	6 924	7 691	7 583	6 517
Wohngeldzahlungen in Mill. DM	5,550	11,943	22,770	27,045	34,451	37,825	18,256
davon							
Mietzuschuß	4,657	9,450	17,316	20,594	26,927	30,192	14,859
Lastenzuschuß	0,893	2,493	5,454	6,451	7,524	7,633	3,397
Auszahlungen je Fall im Dezember in DM							
Mietzuschuß	32,75	37,95	39,61	42,22	45,02	45,09	44,84
Lastenzuschuß	50,69	63,70	65,90	74,00	73,40	73,12	71,06

a) nur erstes Halbjahr beziehungsweise 30. Juni

auf Mietzuschuß und 7,6 Mill. DM auf Lastenzuschuß.

Insgesamt gesehen haben sich die Wohngeldzahlungen von 1964 bis 1969 wesentlich stärker erhöht, als die Zahl der Empfänger. Einer Steigerung der Zahlungen um 582% steht in dem genannten Zeitraum nur eine Zunahme der Empfänger um 318% gegenüber. Dies ist gleichbedeutend damit, daß die durchschnittliche monatliche Zahlung je Fall beträchtlich gestiegen ist. 1969 erhielten die Wohngeldempfänger durchschnittlich 45,09 DM Mietzuschuß bzw. 73,12 DM Lastenzuschuß im Monat. Die entsprechenden Durchschnittsbeträge beliefen sich 1964 erst auf 32,75 DM beim Mietzuschuß und 50,69 DM beim Lastenzuschuß.

Struktur der Empfänger

Die Aufteilung der Wohngeldempfänger nach der sozialen Stellung hat sich von 1964 bis 1969 kaum geändert. 1969 waren 60% der Empfänger Rentner und Pensionäre und 20% Arbeiter, Beamte und Angestellte waren mit Anteilen von 8% und 7% vertreten. Demgegenüber ist die Zahl der Selbständigen, die Wohngeld erhalten, mit einem Anteil von knapp 1% relativ gering.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich, wenn man nach Empfängern von Mietzuschuß und Lastenzuschuß differenziert. Fast zwei Drittel aller Mietzuschußempfänger waren 1969 Rentner und Pensionäre, während die Arbeiter mehr als die Hälfte (54,3%) aller Empfänger von Lastenzuschuß stellten.

Unter den Mietzuschußempfängern stehen die Ein-Personen-Haushalte bei weitem an der

Spitze (1969: 51,9%) gefolgt von den Haushalten mit 2 Personen (17,5%). Hierbei handelt es sich überwiegend um die Rentner und Pensionäre, die die bei weitem größte homogene Gruppe der Wohngeldempfänger bilden. Dagegen weist unter den Empfängern von Lastenzuschuß etwa jeder zweite Haushalt eine Größe von 5 und mehr Personen (1969: 53,2%) auf, während beinahe ein weiteres Viertel (1969: 23,6%) auf 4-Personen-Haushalte entfiel. Die Masse der Mietzuschußempfänger wird also von Alleinstehenden gestellt, während unter den Empfängern von Lastenzuschuß gerade die großen Haushalte überwiegen.

Ein weiterer bedeutender Unterschied zwischen der Gruppe der Mietzuschußempfänger einerseits und den Lastenzuschußempfängern andererseits wird sichtbar, wenn man die Wohngeldbezieher nach der Höhe ihres Familieneinkommens aufgliedert. Zugrundegelegt wird hierbei das "anrechenbare Familieneinkommen" im Sinne des Wohngeldgesetzes. Dieses wird nach speziellen Vorschriften der §§ 15 - 23 des Wohngeldgesetzes vom 1. April 1965 ermittelt und entspricht nicht dem Brutto- oder Nettoeinkommen des betreffenden Haushaltes. Es ist auch mit keinem Einkommensbegriff der Steuergesetzgebung voll vergleichbar. Man kann also aus der Höhe des anrechenbaren Familieneinkommens nur mit gewissen Einschränkungen auf die tatsächliche Einkommenssituation des jeweiligen Haushaltes schließen.

Am 31. 12. 1969 besaßen fast drei Viertel aller Mietzuschußempfänger ein Familieneinkommen von weniger als 600 DM. Besonders zahlreich waren die Empfänger mit einem "anrechenbarem Familieneinkommen" von 201 - 300 DM; ihr Anteil an den Beziehern von Mietzuschuß insgesamt belief sich auf knapp 26%. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Nichterwerbstätige, insbesondere um Rentner und Pensionäre.

Unter den Lastenzuschußempfängern sind die Bezieher höherer Einkommen erwartungsgemäß stärker vertreten. Wer sich überhaupt ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung leistet, muß selbst unter Einbeziehung der Wohngeldzahlungen über ein bestimmtes Mindesteinkommen verfügen, um die Belastungen tragen zu können. Mehr als drei Viertel aller Lastenzuschußempfänger bezogen Ende 1969 Familieneinkommen von mehr als 600 DM, wobei das Schwergewicht bei den Einkommen von 600 - 1 000 DM lag.

Wohnungs- und sozialpolitische Bedeutung des Wohngeldgesetzes

Die vorstehenden Betrachtungen zeigen ganz deutlich die wohnungs- und sozialpolitische

Die Haushalte der Empfänger von Mietzuschuß und Lastenzuschuß nach ihrer Größe 1964 bis 1970 in %

- Stichtag: 31. Dezember -

Haushaltsgröße	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970 ^{a)}
Empfänger von Mietzuschuß							
1 Person	40,6	46,3	50,6	50,3	48,7	51,9	54,8
2 Personen	21,8	21,4	20,3	18,7	17,7	17,5	16,7
3 Personen	10,8	11,0	9,8	9,8	10,6	9,3	8,3
4 Personen	11,5	10,3	9,7	10,7	12,0	10,9	9,9
5 und mehr Personen	15,3	11,0	9,6	10,5	11,1	10,4	10,3
Insgesamt	100						
Empfänger von Lastenzuschuß							
1 Person	4,1	6,5	7,0	6,6	5,8	6,5	6,8
2 Personen	5,6	9,6	9,0	8,0	7,2	7,2	6,8
3 Personen	11,9	15,0	14,4	12,4	10,5	9,4	8,1
4 Personen	19,1	25,0	25,3	25,5	24,5	23,6	23,3
5 und mehr Personen	59,3	44,0	44,3	47,5	52,0	53,2	55,1
Insgesamt	100						

a) Stichtag: 30. Juni 1970

Empfänger von Wohngeld am 31. 12. 1969 nach anrechenbarem Familieneinkommen¹ und sozialer Stellung

Monatliches anrechenbares Familieneinkommen in DM	Empfänger von Wohngeld						
	insgesamt	Selbständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Rentner und Pensionäre	sonstige Nichterwerbs- tätige
	Empfänger von Mietzuschuß						
bis 200	7 650	37	4	34	146	6 451	978
201 " 300	13 548	40	8	51	219	12 867	363
301 " 400	9 234	56	13	114	327	8 337	387
401 " 600	8 159	70	184	419	1 078	5 993	415
601 " 800	7 366	61	1 814	1 006	3 410	847	228
801 " 1 000	5 247	28	1 680	1 076	2 302	109	52
1 001 und mehr	1 461	11	385	446	590	20	9
Zusammen	52 665	303	4 088	3 146	8 072	34 624	2 432
%	100	0,6	7,8	6,0	15,3	65,7	4,6
	Empfänger von Lastenzuschuß						
bis 200	270	2	-	2	6	238	22
201 " 300	308	1	-	4	9	283	11
301 " 400	328	7	-	2	28	274	17
401 " 600	855	32	10	46	397	330	40
601 " 800	2 257	34	133	196	1 690	157	47
801 " 1 000	2 209	28	353	400	1 356	56	16
1 001 und mehr	1 356	17	274	400	631	28	6
Zusammen	7 583	121	770	1 050	4 117	1 366	159
%	100	1,6	10,2	13,8	54,3	18,0	2,1
	Empfänger von Wohngeld insgesamt						
Insgesamt	60 248	424	4 858	4 196	12 189	35 990	2 591
%	100	0,7	8,1	7,0	20,2	59,7	4,3

1) zum Begriff des "anrechenbaren Familieneinkommens" siehe die Bemerkungen im Text

Bedeutung des Wohngeldgesetzes. Das Wohngeld stellt einen individuell bemessenen Zuschuß zum Familieneinkommen dar. In seinen Genuß kommen hauptsächlich diejenigen, die auf dem Wohnungsmarkt eine angemessene Wohnung zu tragbaren Lasten kaum finden können. Hierzu zählen in erster Linie Rentner und Pensionäre mit niedrigem Einkommen. Diese größtenteils alleinstehenden Nichterwerbstätigen bilden die Hauptmasse der Mietzuschußempfänger. Vor einer anderen Situation stehen Familien mit einer größeren Kinderzahl. Angemessene Wohnungen entsprechender Größe sind knapp und, insbesondere bei Neubauwohnungen, entsprechend teuer. In Anbetracht der für eine Mietwohnung aufzubringenden hohen Miete entschließen sich viele kinderreiche Familien zum Bau eines Eigenheimes. Die auf Grund des Wohngeldgesetzes gezahlten Lastenzuschüsse können dabei eine wirksame Hilfe sein, die es den betreffenden Familien erst erlaubt, ihre Eigenheimpläne zu realisieren. Unter den Lastenzuschußempfängern dominieren Arbeiterhaushalte mit 5 und mehr Personen mit mittlerem Einkommen.

Insgesamt gesehen wurde 1969 Wohngeld an gut 6% aller Haushalte unseres Landes gezahlt,

wobei im Empfängerkreis von Jahr zu Jahr erhebliche Fluktuationen zu beobachten sind. Wohngeld wird in der Regel für einen Zeitraum von einem Jahr gewährt. Am Ende des Bewilligungszeitraumes laufen die Zahlungen automatisch aus, wenn nicht ein Antrag auf Weitergewährung gestellt wird, der das Fortbestehen der Anspruchsvoraussetzungen nachweist. Hier zeigt sich ein wesentlicher Vorteil der subjektbezogenen Wohnungsbauförderung durch Wohngeldzahlungen gegenüber der objektbezogenen Förderung durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaues. Die Berechtigung zur Nutzung einer Sozialwohnung wird nur einmal festgestellt, nämlich vor dem Bezug dieser Wohnung. Der Bewohner einer Sozialwohnung bleibt auch dann noch Nutznießer dieser Förderungsmaßnahme, wenn sich seine Einkommensverhältnisse erheblich verbessert haben. Diese "Fehlbelegung" von Sozialwohnungen unterliegt in zunehmendem Maße der Kritik. Es werden Pläne zur Lösung dieses Problems diskutiert, die darauf hinauslaufen, daß fehlbelegte Sozialwohnungen entweder von ihren Bewohnern geräumt oder nur noch zu einer marktüblichen Miete überlassen werden. Dadurch, daß Wohngeld nur solange gezahlt wird,

wie die Anspruchsvoraussetzungen bei dem betreffenden Haushalt gegeben sind, ist ein gezielter Einsatz dieser Förderungsmittel möglich. Es gelingt also mit einem relativ geringen Mitteleinsatz in großem Umfang soziale Härten zu vermeiden, die sich aus der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt für bestimmte Bevölkerungsschichten ergeben.

Es ist damit zu rechnen, daß sich der Bezieherkreis von Wohngeld nach den Bestimmungen des Zweiten Wohngeldgesetzes noch

wesentlich erweitern wird. Hierbei kommt es unter anderem auch darauf an, die Bestimmungen des Wohngeldgesetzes und den Charakter des Wohngeldes als Rechtsanspruch und nicht als Leistung der Sozialhilfe in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Dr. Peter Kirschnick

Vergleiche auch: "Wohngeld 1968" in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 142 (Juli) und "Wohngeld 1969" in Wirtschaft und Statistik 1970, S. 416 (August)

Industrie in Schleswig-Holstein 1970

Ergebnisse der monatlichen Industrieberichterstattung

Überblick

Der gesamte Jahresumsatz 1970 der Industrie Schleswig-Holsteins belief sich auf 12,8 Milliarden DM, das ist etwa eine Milliarde DM oder 8,8% mehr als im vorhergehenden Jahr. Die Inlandsumsätze allein haben dabei um über 12% zugenommen, während im Exportgeschäft ein Umsatzrückgang um 8,4% zu verzeichnen war. Diese Umsatzleistung wurde von einem durchschnittlichen Beschäftigtenstand von rund 191 000 tätigen Personen erbracht. Das waren fast 7 000 Beschäftigte mehr als 1969. Die Summe der geleisteten Arbeiterstunden stieg um 4,2% und damit etwas stärker als die Zahl der Arbeiter (+ 2,7%). Ein hervorstechendes Kennzeichen der Industrieentwicklung 1970 ist der überaus kräftige Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme bei deutlich abgeschwächtem Umsatzwachstum. Der für Löhne und Gehälter insgesamt aufgewendete Betrag machte 1970 rund 2,7 Milliarden DM aus, das sind 462 Mill. DM (20,8%) mehr als im Vorjahr. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen beanspruchten somit

nahezu die Hälfte des in der gleichen Periode erzielten Mehrumsatzes von rund einer Milliarde DM. In der ersten Phase des Aufschwungs (von 1968 auf 1969) stiegen die Löhne und Gehälter zwar auch schon beträchtlich, nämlich um 15,4%, aber die Zuwachsrate des Umsatzes war mit + 13,2% längst nicht so weit von der Lohnsteigerungsrate entfernt wie 1970. Sieht man jedoch den Wirtschaftsaufschwung der letzten drei Jahre im Zusammenhang, bezieht man also das Jahr 1968 als Anfangsjahr in die Betrachtung ein, dann ergibt sich folgendes: Von 1968 bis 1970 ist bei einer Ausweitung der Beschäftigung und der Arbeitsleistung um reichlich 9% die Lohn- und Gehaltssumme um beinahe 40%, der Umsatz jedoch nur um etwas mehr als 23% gestiegen.

Die divergierende Lohn- und Umsatzentwicklung hat sich in der zweiten Phase des Aufschwungs erheblich verstärkt. Das wird noch deutlicher, wenn man die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten berechnet und sie dem Umsatz je Beschäftigten gegenüberstellt. Im Jahre

Industrieentwicklung 1968 bis 1970

Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

	1970	1969	1968	Veränderung in %		
				1970 gegen 1969	1969 gegen 1968	1970 gegen 1968
Tätige Personen insgesamt	191 332	184 443	175 108	+ 3,7	+ 5,3	+ 9,3
darunter Arbeiter	144 975	141 096	133 872	+ 2,7	+ 5,4	+ 8,3
Geleistete Arbeiterstunden (Mill.)	289,3	277,7	264,2	+ 4,2	+ 5,1	+ 9,5
Löhne (Mill. DM)	1 886,8	1 550,2	1 343,9	+ 21,7	+ 15,4	+ 40,4
Gehälter (Mill. DM)	798,6	673,6	582,7	+ 18,6	+ 15,6	+ 37,1
Umsatz (netto) (Mill. DM)	12 839,9	11 797,4	10 418,4	+ 8,8	+ 13,2	+ 23,2
davon Inlandsumsatz (Mill. DM)	11 114,6	9 914,0	8 869,2	+ 12,1	+ 11,8	+ 25,3
Auslandsumsatz (Mill. DM)	1 725,3	1 883,4	1 549,2	- 8,4	+ 21,6	+ 11,4

1969 kamen auf jeden Industriebeschäftigten 63 962 DM Umsatz, 1970 waren es 67 108 DM, was einer Zuwachsrate von knapp 5% entspricht. Die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg von 12 057 DM (1969) auf 14 036 DM im Jahre 1970, das ergibt eine Zuwachsrate von 16,4%. Die Lohnexpansion war in der zweiten Aufschwungsphase also etwa dreimal so schnell wie das Umsatzwachstum. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz - jeweils auf einen Beschäftigten bezogen - erhöhte sich demzufolge von 18,9% im Jahre 1969 auf 20,9% für 1970. Es wurde aber auch etwas länger gearbeitet, wie aus der Summe der jährlich von einem Arbeiter durchschnittlich geleisteten Stunden zu erkennen ist, die gegenüber 1969 um 28 Stunden auf rund 2 000 Stunden zugenommen hat.

Entwicklung in den Hauptbereichen

Gliedert man die Industrie nach dem Gesichtspunkt der hauptsächlich hergestellten Güter in fünf Hauptbereiche, dann dominiert, wenn man nach den Beschäftigten geht, eindeutig die Investitionsgüterindustrie. Sie hatte 1970 fast 92 000 oder 48% aller Industriebeschäftigten. Ihre Entwicklung beeinflusst daher maßgeblich die gesamte schleswig-holsteinische Industrie. Ihr Umsatzanteil ist mit knapp

4 Milliarden DM (31%) zwar etwas kleiner als der der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 4,2 Milliarden DM, aber der Umsatz dieser Industrie läßt sich mit dem der Investitionsgüterindustrie nicht voll vergleichen, da in ihrem Umsatz überdurchschnittlich hohe Verbrauchsteuern - überwiegend für Zigaretten - enthalten sind, die wegen der bestehenden Geheimhaltungsvorschriften hier nicht offengelegt werden können.

Die industrielle Expansion des letzten Jahres wurde vorwiegend von der Investitionsgüterindustrie getragen, was auch bereits in der ersten Aufschwungsphase von 1968 auf 1969 zutraf. Der durchschnittliche Beschäftigtenstand vergrößerte sich 1970 um mehr als 5 700 Personen und damit sogar noch etwas stärker als von 1968 auf 1969. Damals hatte die Zunahme 5 500 Beschäftigte betragen. Wenn man von dem in Schleswig-Holstein unbedeutenden Bergbau absieht, dann ist die Nahrungs- und Genußmittelindustrie der einzige große Industriebereich, der von 1969 auf 1970 seinen Beschäftigtenbestand nicht mehr aufstockte; 1969 konnte er noch einen Zuwachs von gut 3% realisieren. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie konnte zwar einen überdurchschnittlichen Umsatzzuwachs von 12% erreichen, blieb aber in der Beschäftigtenzunahme mit + 2,6% deutlich hinter der Investitionsgüterindustrie zurück.

Beschäftigte und Umsatz in den Hauptgruppen¹
(nach hauptbeteiligten Industriezweigen)

	Beschäftigte		Veränderung 1970 gegen 1969 in %	Umsatz (netto) Mill. DM		Veränderung 1970 gegen 1969 in %
	1970	1969		1970	1969	
Bergbau	335	362	- 7,5	6,9	8,0	- 13,7
Grundstoffe und Produktionsgüter	30 732	29 944	+ 2,6	2 710,2	2 419,9	+ 12,0
Investitionsgüter	91 831	86 079	+ 6,7	3 961,6	3 602,1	+ 10,0
Verbrauchsgüter	42 274	41 870	+ 1,0	1 993,5	1 846,3	+ 8,0
Nahrungs- und Genußmittel	26 160	26 188	- 0,1	4 167,7	3 921,1	+ 6,3
Insgesamt	191 332	184 443	+ 3,7	12 839,9	11 797,4	+ 8,8

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

Große Unterschiede ergeben sich, wenn man den Umsatz je Beschäftigten in den einzelnen Bereichen betrachtet. Hier hält die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit fast 160 000 DM Umsatz je Beschäftigten mit Abstand die Spitzenposition. Auch unter Berücksichtigung der eben genannten Besonderheiten dürfte auf einen Beschäftigten ein ungefähr doppelt so großer Umsatzbetrag kommen als er im Durchschnitt der Industrie erwirtschaftet wird. Demgegenüber ist die Spannweite der Lohn-

und Gehaltssumme je Beschäftigten erheblich geringer. In den einzelnen Hauptbereichen weicht sie nur um etwa 10% vom durchschnittlichen Wert ab. Aus diesen durchschnittlichen Jahreswerten läßt sich leicht ein durchschnittlicher Monatswert ausrechnen, er machte 1970 rund 1 200 DM und 1969 rund 1 000 DM aus. Diese Werte dürfen aber auf keinen Fall mit dem individuellen Einkommen der Industriebeschäftigten verwechselt werden. Sie geben lediglich einen Anhaltspunkt für das

Umsatz und Personalausgaben je Industriebeschäftigten

	Umsatz		Löhne und Gehälter			
	in DM je Beschäftigten		in DM je Beschäftigten		in % zum Umsatz je Beschäftigten	
	1970	1969	1970	1969	1970	1969
Bergbau	20 537	21 997	14 684	12 597	71,5	57,3
Grundstoffe und Produktionsgüter	88 187	80 816	15 523	13 059	17,6	16,2
Investitionsgüter	43 140	41 846	14 311	12 318	33,2	29,4
Verbrauchsgüter	47 158	44 097	13 127	11 236	27,8	25,5
Nahrungs- und Genußmittel	159 315	149 727	12 786	11 359	8,0	7,6
Insgesamt	67 108	63 962	14 036	12 057	20,9	18,9

industrielle Einkommensniveau und seine durchschnittliche Veränderung.

Bei unterschiedlich hohem Umsatz und ziemlich gleicher Lohnsumme je Beschäftigten muß der "Lohnanteil" am Umsatz große Schwankungen aufweisen.

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich ist, bewegte sich der "Lohnanteil" dann auch zwischen nur 8% des Umsatzes in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und über 70% im Bergbau (in Schleswig-Holstein Torfindustrie und Erdölgewinnung). In der Investitionsgüterindustrie muß etwa ein Drittel des von einem Beschäftigten erwirtschafteten Umsatzes für den Produktionsfaktor Arbeit in Rechnung gestellt werden. Der Lohnanteil

ist in Wirklichkeit höher, da weitere Personalkosten (unter anderem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung) nicht berücksichtigt werden konnten. Für eine vergleichende Darstellung stören diese fehlenden Teile nicht, da sie in allen Bereichen ausgeklammert sind.

Die unmittelbaren Auswirkungen einer Lohnerhöhung sind daher je nach der Lohnintensität der einzelnen Branchen verschieden, wie nachstehendes theoretisches, stark vereinfachendes Beispiel zeigt. Es sei angenommen, daß der Lohn eines Beschäftigten in allen Bereichen gleichmäßig um 20% steigt. Die Auswirkungen einer solchen Lohnerhöhung auf den Umsatz macht die folgende Tabelle deutlich:

	Löhne und Gehälter alt	+ Lohnerhöhung von 20 %	Löhne und Gehälter neu	Umsatz		Umsatz- erhöhung in %
				alt	neu ¹	
in DM je Beschäftigten						
Bergbau	14 684	2 937	17 621	20 537	23 474	+ 14,3
Grundstoffe und Produktionsgüter	15 523	3 105	18 628	88 187	91 292	+ 3,5
Investitionsgüter	14 311	2 862	17 173	43 140	46 002	+ 6,6
Verbrauchsgüter	13 127	2 625	15 752	47 158	49 783	+ 5,6
Nahrungs- und Genußmittel	12 786	2 557	15 343	159 315	161 872	+ 1,6
Insgesamt	14 036	2 807	16 843	67 108	69 915	+ 4,2

1) + Lohnerhöhung von 20 % (gemäß Spalte 2)

Eine Lohnerhöhung muß - wenn alle anderen Kosten und der Gewinn konstant bleiben - eine Umsatzerhöhung um 4,2% in der gesamten Industrie, aber nur um 1,6% in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nach sich ziehen. Da in der Marktwirtschaft jedoch die Umsatz-

entwicklung von vielen weiteren Einflußgrößen abhängt, zeigt das Beispiel lediglich die Auswirkungen der Veränderung eines Faktors.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

Im Rahmen der Personalstrukturerhebung 1968 wurden erstmals Daten über die Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Sozialversicherungsträger, getrennt nach Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen, erfaßt. Da die Zahl der Versorgungsempfänger der Sozialversicherungsträger (602) vergleichsweise gering ist, wird auf sie im folgenden nicht eingegangen. Die Erhebung umfaßt die aufgrund ihrer früheren Tätigkeit im öffentlichen Dienst versorgungsberechtigten ehemaligen Beamten und Richter und deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene. Nicht erfaßt werden die Rentenempfänger (Angestellte und Arbeiter) und die nicht wieder verwendeten Personen nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG. Von den Versorgungsempfängern wurde die Art der Versorgung (Empfänger von Ruhegehalt, Witwengeld und Waisengeld) und die für die Versorgung maßgebende Laufbahn sowie bei Empfängern von Ruhegehalt das Geschlecht und das Alter ermittelt. Der Stichtag für die Erhebung war der 2. Oktober 1968.

Auf drei aktive Beamte und Richter entfallen zwei Versorgungsempfänger

Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Wirtschafts-

unternehmen hatten am Erhebungsstichtag an 31 600 Beamte und Richter Gehalt und an 21 700 ehemalige Beamte und Richter sowie deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene Versorgungsbezüge zu zahlen. Damit entfallen auf drei aktive Beamte und Richter etwas mehr als zwei Versorgungsempfänger. Während sich beim Land allein etwa dieselbe Durchschnittsrelation ergibt - 26 600 aktiven Beamten und Richtern stehen 16 900 Versorgungsempfänger gegenüber - haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beinahe für gleich viele Personen Versorgungsleistungen zu erbringen wie Gehalt zu zahlen, nämlich für 4 800 Versorgungsempfänger und 5 000 aktive Beamte.

Anders ausgedrückt stellt das Land 84% der aktiven Beamten und Richter und 78% der Versorgungsempfänger, die Gemeinden und Gemeindeverbände dagegen 16% der Aktiven und 22% der Versorgungsempfänger.

Fast sechs Zehntel sind Pensionäre

Von den 21 700 Versorgungsempfängern des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sind 12 700 oder fast sechs Zehntel Ruhegehaltsempfänger; 1 700 davon oder 13,5% sind weiblichen Geschlechts. Die Empfänger von Witwengeld stellen mit 8 900 Personen

Ruhegehaltsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände¹
- 2. Oktober 1968 -

Altersgruppe	Insgesamt										Land		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	Zusammen		höherer		gehobener		mittlerer		einfacher		Anzahl	%	Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
Ruhegehaltsempfänger														
unter 62	941	7,4	101	5,5	375	5,6	445	12,3	20	3,5	794	7,8	147	5,8
62 - 64	1 051	8,3	152	8,4	450	6,8	425	11,7	24	4,2	849	8,4	202	8,0
65 - 69	3 978	31,4	654	35,9	2 135	32,1	1 016	28,0	173	30,6	3 184	31,4	794	31,6
70 und älter	6 686	52,8	913	50,2	3 681	55,4	1 744	48,0	348	61,6	5 315	52,4	1 371	54,5
Insgesamt	12 656	100	1 820	100	6 641	100	3 630	100	565	100	10 142	100	2 514	100
%	100	.	14,4	.	52,5	.	28,7	.	4,5	.	80,1	.	19,9	.
darunter weiblich	1 707	100	178	10,4	1 351	79,1	146	8,6	32	1,9	1 498	87,8	209	12,2
%	13,5	.	9,8	.	20,3	.	4,0	.	5,7	.	14,8	.	8,3	.
Vollbeschäftigte Beamte und Richter														
Insgesamt	31 606	100	7 279	23,0	15 073	47,7	9 011	28,5	243	0,8	26 573	84,1	5 033	15,9
darunter weiblich	7 023	100	1 017	14,5	5 354	76,2	650	9,3	2	0,0	6 545	93,2	478	6,8
Ruhegehaltsempfänger in % der vollbeschäftigten Beamten und Richter														
Insgesamt	40,0	.	25,0	.	44,1	.	40,3	.	232,5	.	38,2	.	50,0	.
darunter weiblich	24,3	.	17,5	.	25,2	.	22,5	.	.	.	22,9	.	43,7	.

1) einschließlich Wirtschaftsunternehmen

vier Zehntel und Waisengeldempfänger nur 156 Personen; das sind weniger als 1%. Bei den Versorgungsempfängern des Landes allein ergeben sich etwa dieselben durchschnittlichen Relationen, während bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden der Anteil der Pensionäre nur reichlich die Hälfte, aber der der Witwen entsprechend 46% ausmacht.

D - 4222

Altersstruktur der Pensionäre



zwischen 60 und 69 Jahre alt, 15% zwischen 50 und 59 und nur 4,5% unter 50 Jahre alt.

Waisen von verstorbenen Beamten und Richtern erhalten in der Regel bis zum vollendeten 18. Lebensjahr oder, wenn die Ausbildung fortgesetzt wird, bis zum vollendeten 27. Lebensjahr Waisengeld. In Ausnahmefällen, wie körperliche und geistige Gebrechen, wird das Waisengeld über das 27. Lebensjahr hinaus gezahlt. Von den 156 Waisengeldempfängern waren die meisten, nämlich 65, zwischen 18 und 26 Jahre alt, 52 unter 18 und 39 über 27 Jahre alt.

Unterschiedliche Laufbahnstruktur zwischen Pensionären und Aktiven

Das Ruhegehalt richtet sich nach den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit. Maßgebend ist also

Mehr als die Hälfte sind über 70 Jahre alt

Die Altersstruktur der Versorgungsempfänger wird außer von der Lebenserwartung vom Zeitpunkt der Pensionierung geprägt. Im allgemeinen wird ein Beamter nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt. Für einige Beamtengruppen gelten andere Altersgrenzen. So haben zum Beispiel Polizeivollzugsbeamte mit dem vollendeten 60. Lebensjahr die Altersgrenze erreicht, Richter mit dem 68., und Professoren werden mit ebenfalls 68 Jahren emiritiert. Mit 62 Jahren können Beamte ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit auf Antrag vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden.

Von den 12 656 Pensionären des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände waren 6 686 (oder mehr als jeder zweite) über 70 Jahre alt. Bei den weiblichen Ruhegehaltsempfängern liegt der Anteil sogar bei 63,3%. Die nächststärkere Gruppe stellen die 65- bis 69jährigen mit gut drei Zehntel, während der Anteil der 62- bis 64jährigen und der unter 62 Jahre alten erwartungsgemäß nur 8,3% und 7,4% ausmacht. Zwischen dem Land und den kommunalen Gebietskörperschaften ergeben sich in der Altersstruktur ihrer Pensionäre nur geringfügige Unterschiede.

Auch von den Witwengeldempfängern sind die Hälfte 70 Jahre und älter. Drei Zehntel sind

Witwengeldempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände¹
- 2. Oktober 1968 -

Altersgruppe	Insgesamt										Land		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	Zusammen		höherer		gehobener		mittlerer		einfacher		Anzahl	%	Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
unter 50	399	4,5	82	5,5	169	4,3	142	5,0	6	1,0	319	4,8	80	3,6
50 - 59	1 327	15,0	284	19,1	544	13,8	447	15,8	52	8,4	1 041	15,6	286	13,0
60 - 69	2 708	30,6	445	29,9	1 212	30,9	887	31,4	164	26,6	2 088	31,4	620	28,1
70 und älter	4 424	49,9	677	45,5	2 003	51,0	1 349	47,8	395	64,0	3 207	48,2	1 217	55,2
Insgesamt	8 858	100	1 488	100	3 928	100	2 825	100	617	100	6 655	100	2 203	100
	%	100	16,8	44,3	31,9	7,0	75,1	24,9						

¹⁾ einschließlich Wirtschaftsunternehmen

Waisengeldempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände¹

- 2. Oktober 1968 -

Altersgruppe	Insgesamt										Land		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	Zusammen		höherer		gehobener		mittlerer		einfacher		Anzahl	%	Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
unter 18	52	33,3	8	17,4	35	40,7	7	43,8	2	25,0	35	34,7	17	30,9
18 - 26	65	41,7	31	67,4	29	33,7	3	18,8	2	25,0	36	35,6	29	52,7
27 und älter	39	25,0	7	15,2	22	25,6	6	37,5	4	50,0	30	29,7	9	16,4
Insgesamt	156	100	46	100	86	100	16	100	8	100	101	100	55	100
	%	100	29,5		55,1		10,3		5,1		64,7		35,3	

1) einschließlich Wirtschaftsunternehmen

das sogenannte Pensionsdienstalter und die Besoldungsgruppe beim Ausscheiden des Beamten. Um Anhaltspunkte für diese Kriterien zu erhalten, wurde bei den Ruhegehaltsempfängern die für die Versorgung maßgebende Laufbahngruppe erfragt.

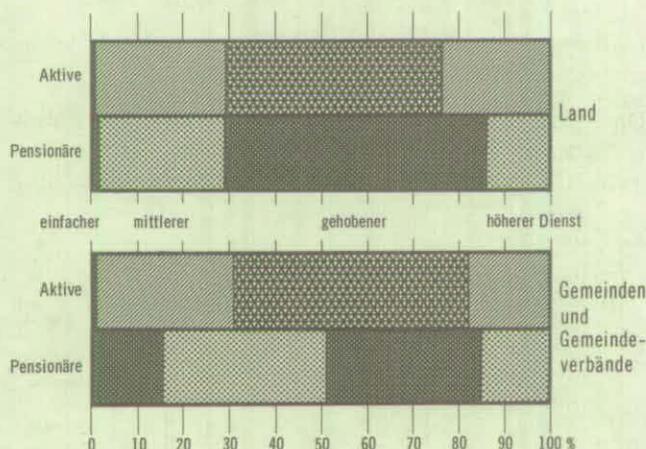
Von den Pensionären des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände hatten 6 641 (oder über die Hälfte) bei ihrer Pensionierung ein Amt der gehobenen Laufbahn inne, 3 630 (oder fast drei Zehntel) eines der mittleren und 1 820 (oder 14,4%) eines der höheren sowie 565 (oder 4,5%) eines der einfachen Laufbahn. Vergleicht man diese Anteile mit denen der Aktiven, so liegt der Anteil des

höheren Dienstes mit 23% um fast 9 Punkte über dem entsprechenden der Pensionäre, während er bei allen anderen Laufbahngruppen darunter liegt.

Am deutlichsten ist der Abstand im einfachen Dienst. Hier befinden sich 4,5% der Pensionäre, aber nur 0,8% der Aktiven. Anders ausgedrückt beläuft sich die Relation von Pensionären zu Aktiven insgesamt auf 40 : 100, im höheren Dienst auf 25, im gehobenen auf 44, im mittleren auf 40 und im einfachen auf 233. Dort gibt es 565 Pensionäre und 243 Aktive. das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß der einfache Dienst im "Aussterben" begriffen ist. Während sich insgesamt die Laufbahnstruktur, ersichtlich am Verhältnis Pensionäre zu Aktiven, zugunsten des höheren Dienstes verschoben hat, ist das bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht der Fall. Hier ist zwar auch der Anteil des höheren Dienstes unter den Aktiven höher als unter den Pensionären, der Unterschied im gehobenen Dienst ist jedoch viel größer: Unter den Pensionären stellt er einen Anteil von einem Drittel und unter den Aktiven von über fünf Zehnteln. Der hohe Anteil des höheren Dienstes ist also fast ausschließlich auf die Landesverwaltung zurückzuführen: 24% der aktiven Landesbeamten befinden sich im höheren Dienst gegenüber 14% der Pensionäre. Demgegenüber weist der gehobene Dienst des Landes 47% der Aktiven aus, aber 57% der Pensionäre.

D - 4223

Laufbahnstruktur
der Pensionäre und aktiven Beamten und Richter



Walter Dahms

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. - = Zahlenwert genau Null 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969			1970			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 544	2 555	2 557	2 557
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 588	1 593	1 212	1 485	1 393	1 746
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,5	7,3	5,8	6,8	6,6
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	3 365	2 924	2 777	2 981	2 605	2 590
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	15,9	13,5	13,2	13,7	12,3
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 706	2 552	2 511	3 467	2 480	2 705
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,9	11,8	12,0	16,0	11,7
" darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	75	85	70	79	48	55
"	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	29,1	25,2	26,5	18,4	21,2
*Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Anzahl	1 231	659	372	266	486	125	115
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	3,1	1,7	1,3	2,2	0,6
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 106	10 448	7 260	7 011
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 390	9 684	5 942	6 287
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	1 716	764	1 318	724
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	10 692	13 163	10 780	9 882
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	25 188	33 295	23 982	23 180
"	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	169	214	166	152
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	8	10	6	7	11	5	6	8	10
darunter *Männer	1 000	6	6	3	4	6	2	3	4	5
Offene Stellen	1 000	19	20	22	19	16	24	22	20	18
darunter für Männer	1 000	10	11	13	12	10	15	14	13	12
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 430 ^a	.	.	1 430	.	.	.	1 407
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	518 ^a	.	.	518	.	.	.	496
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 680 ^a	.	.	1 680	1 918	.	.	1 774
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	172 ^a	.	.	172	192	.	.	183
darunter *trächtig	1 000	103 ^a	108 ^a	.	.	108	119	.	.	112
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	30	52	41	32	41	54	45	36
*Kälber	1 000 St.	3	3	2	2	3	2	2	2	3
*Schweine	1 000 St.	156 ^b	191	206	212	218	204	225	234	226
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11	9 ^c	5	16	17	3	7	21	18
Schlachtmengen²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)										
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	17,7	24,0	31,3	27,7	25,7	28,2	33,3	30,2	27,3
*Kälber	1 000 t	4,8	7,0	12,3	9,3	7,3	9,5	12,9	10,3	8,3
*Schweine	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	16,7	18,7	18,2	18,1	18,5	20,2	19,8	18,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	240	243	242	237	234	245	244	239
Kälber	kg	61	60	60	61	53	61	62	52	60
Schweine	kg	87	92	93	93	90	92	93	93	90
Geflügel										
Eingelegte Bruteier³⁾										
*für Legehennenküken	1 000	523	528	506	484	396	528	486	539	166
*für Masthühnerküken	1 000	403	752	723	786	726	847	767	1 012	923
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	733	803	783	822	895	793	848	885
*Milcherzeugung										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	91	89	89	90	91	90	90	90
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,7	7,4	9,0	10,3	7,3	6,7	8,1	10,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18 c) Winterhalbjahr 1969/70 = 13

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969			1970			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	184	190	190	189	194	194	194	192
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	141	146	145	144	147	147	146	144
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	23	26	24	24	25	26	25	24
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	129,2	143,0	147,7	146,2	160,2	165,5	178,7	181,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	56,1	57,1	65,2	69,8	65,1	65,7	78,3	83,1
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	41	46	46	42	32	37	37	34
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	19 175	21 392	20 831	22 511	23 696	23 346	25 762	26 511
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	88	102	105	105	91	107	108	107
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	146	167	159	149	161	173	169	160
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	39	45	47	43	33	41	42	38
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	983	1 123	1 088	1 130	1 149	1 184	1 115	1 194
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	157	146	200	207	132	145	135	142
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	157	167	176	159	171	170	172	157
Steine und Erden		115	129	177	149	66	192	186	165	138
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	124	133	147	109	127	128	133	100
Chemische Erzeugnisse		209	442	382	292	460	540	428	337	316
Papiere und Pappen		110	140	148	151	127	143	147	146	126
Stahlbauerzeugnisse		120	182	190	221	186	189	205	232	193
Maschinenbauerzeugnisse		108	135	145	144	141	144	143	148	163
Wasserfahrzeuge		110	139	148	162	144	149	160	165	150
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	257	289	345	355	323	305	342	303
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	141	141	227	173	148	154	163	162
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	249	268	309	239	209	219	224	195
Druckereierzeugnisse		115	238	270	302	259	249	269	285	262
Textilien		110	129	123	128	107	118	110	133	103
Bekleidung		101	103	121	126	95	110	119	113	84
Süßwaren		109	98	140	121	79	95	132	99	61
Milch und Milcherzeugnisse		109	124	75	98	114	72	73	97	113
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	159	162	201	191	182	195	184	193
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	116	139	138	68	152	152	148	116
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1962=100	.	98	.	.	97	97
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	138	.	.	178	160
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	142	.	.	188	165
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	195	180	209	226	184	272	299	294
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	397	424	439	491	425	492	499	537
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	14	17	25	11	15	19	23
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 200	62 498	61 523	60 951	63 390	63 154	62 394	61 784
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 062	10 456	8 528	4 594	10 369	10 225	9 012	7 739
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 404	4 358	3 660	1 777	4 303	4 261	3 793	3 349
*öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 342	4 495	3 542	2 017	4 897	4 556	3 944	3 310
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	52,2	70,3	57,9	33,4	83,9	84,5	74,6	69,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	5,8	5,9	6,4	8,5	6,9	6,9	7,4	10,1
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	161,3	224,9	203,1	319,5	246,4	238,2	228,1	372,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks =

1,45 t Braunkohlenbriketts 8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe 10) nach der Totalerhebung hochgerechnet d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969			1970			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	913	1 138	839	697	1 039	1 020	814	468
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	794	966	721	586	905	935	742	417
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	936	1 234	964	697	1 042	1 039	776	441
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	107 407	142 547	117 999	83 433	135 531	138 590	106 264	59 800
*Wohnfläche	1 000 qm	171	176	230	172	134	199	203	151	85
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	198	223	184	137	214	213	154	132
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	742	1 166	915	396	1 018	757	507	745
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	57 594	106 650	62 663	35 502	88 973	68 032	65 639	73 467
*Nutzfläche	1 000 qm	69	132	207	165	74	195	131	92	117
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 464	3 151	2 539	1 812	2 615	2 873	1 917	1 095
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	2 447	2 009	1 367	1 428	12 826	1 237	1 354	1 683	12 074
Wohnräume ¹¹⁾	Anzahl	10 214	8 555	5 961	6 288	55 645	5 312	5 867	6 723	51 469
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	179,9	228,9	153,5	235,1	166,2	202,1	165,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	21,5	27,2	22,5	37,1	24,5	26,1	25,5	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	158,4	201,8	131,0	198,0	141,7	176,0	139,5	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,7	4,6	3,8	3,2	4,3	4,3	4,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	11,0	9,4	12,6	10,4	13,4	11,5	10,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	143,7	187,7	114,7	184,3	123,9	160,1	124,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,6	16,0	13,0	14,4	14,5	16,5	14,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	129,1	171,7	101,6	169,9	109,4	143,6	110,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,7	58,5	53,0	49,8	54,9	56,1	59,3	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	16,1	16,6	8,9	12,8	15,7	20,5	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,2	20,4	17,6	19,0	20,7	20,2	18,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	58,9	98,3	40,7	95,2	48,4	64,7	45,4	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	10,3	10,3	8,0	8,8	15,5	11,5	10,8	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	24,2	60,8	6,7	61,3	6,7	6,5	6,0	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	4,2	3,1	4,1	4,7	3,6	3,5	3,7	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	10,8	11,0	8,1	8,9	13,8	9,9	...
Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 266	1 596	1 739	1 626	1 736	3 241	3 664	2 072	4 061
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	694	1 041	1 345	1 448	1 930	7 803	5 001	7 297	4 121
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	30 013	39 048	33 574	29 369	29 635	40 195	33 044	26 966
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 499	50 961	41 810	37 628	40 827	49 866	42 947	37 393
Index der Einzelhandelsumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	180	115	72	61	217	p 119	p 73	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	16	8	7	22	p 16	p 9	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 411	452	235	204	1 872	p 511	p 241	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	39	28	17	15	45	p 29	p 18	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	246	287	251	263	291	303	283	315
*Güterversand	1 000 t	354	386	461	406	282	515	461	404	354
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	6 718	7 799	6 139	6 227	7 151	7 868	7 291	...
darunter										
Kraftfahrzeuge (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	15	4	9	7	19	3	7	...
*Personenkraftwagen ¹²⁾	Anzahl	4 982	5 884	6 854	5 431	5 394	6 165	6 880	6 473	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	443	469	408	417	474	481	454	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 263	1 447	1 556	1 136	1 597	1 613	1 476	p 1 592
*Getötete Personen	Anzahl	56	65	71	104	60	96	88	84	p 84
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 718	1 912	2 069	1 508	2 125	2 185	1 936	p 2 195

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969			1970			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	14 825	14 351	14 601	14 825	15 870	15 957	16 055	16 502
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 052	2 849	2 971	3 052	3 349	3 344	3 325	3 469
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 007	2 832	2 945	3 007	3 316	3 310	3 287	3 426
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 065	997	1 000	1 065	1 178	1 176	1 218	1 343
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 021	956	960	1 021	1 129	1 123	1 161	1 277
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	10 708	10 505	10 630	10 708	11 343	11 437	11 512	11 690
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	9 412	9 226	9 338	9 412	9 860	9 921	9 992	10 152
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	10 094	9 738	9 883	10 094	10 653	10 771	10 831	11 288
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	4 798	4 653	4 784	4 798	5 180	5 266	5 305	5 478
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 304	3 165	3 271	3 304	3 645	3 684	3 728	3 870
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 295	5 085	5 099	5 295	5 472	5 504	5 526	5 810
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 376	3 246	3 253	3 376	3 478	3 497	3 506	3 686
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	244	242	208	294	275
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	214	214	195	297	253
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	17	0,3	0,3	200	0,3
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	10	13	9	11	10	13	12	19
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	-	3	-	3	1	3
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	459	455	403	407	365
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	0,838	0,901	0,815	0,621	0,852
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	204 500	171 339	167 433	365 756	307 652	213 472	182 319	403 370
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	137 453	105 379	87 008	303 064	228 985	108 141	106 291	295 024
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	72 413	89 178	91 832	129 737	92 149	112 432	107 427	141 463
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	48 793	13 415	- 8 590	125 402	110 740	- 9 572	- 4 478	119 087
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 312	1 516	462	2 225	620	4 516	1 081	2 259
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	14 935	1 271	3 304	45 700	25 477	766	2 261	32 214
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	67 047	65 959	80 425	62 692	78 666	72 740	76 028	82 817
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	50 013	46 702	59 567	48 084	56 165	51 653	53 670	60 759
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	17 034	19 257	20 859	14 608	22 501	21 087	22 358	22 059
*Bundessteuern	1 000 DM	64 743	77 213	79 584	90 531	94 667	78 403	79 516	80 572	108 237
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 264	11 224	15 340	2 419	7 303	8 473	9 706	8 899
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	66 232	66 686	73 752	86 165	64 822	67 745	65 917	91 373
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 390	2 477	2 420	3 831	2 365	2 984	2 371	3 583
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	23 512	21 329	29 309	19 644	20 897	21 998	30 900	21 064
*Vermögenssteuer	1 000 DM	2 921	4 198	707	11 409	1 322	1 977	1 937	13 852	2 201
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	12 076	13 510	10 884	11 529	13 103	14 614	12 607	13 074
*Biersteuer	1 000 DM	721	932	997	948	790	1 283	1 063	977	1 007
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	139 658 ⁺	.	.	164 323 ^{e)}	.	.	.	139 519 ^{e)}
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	75 652 ⁺	93 077 ⁺	.	.	117 803 ^{e)}	.	.	.	86 531 ^{e)}
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 182 ⁺	.	.	6 881 ^{e)}	.	.	.	6 262 ^{e)}
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	19 714 ⁺	.	.	17 373 ^{e)}	.	.	.	21 890 ^{e)}
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	192 368	182 426	201 409	263 422	233 760	193 600	179 727	308 246

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1.10. - 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1969	1969			1970			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	112 857	89 826	85 864	216 635	162 460	123 540	120 256	301 327
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	89 345	68 497	56 555	196 992	100 290	46 870	45 939	219 901
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	41 273	38 376	43 416	47 597
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 296	.	.	12 764
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	139 658 ⁺	.	.	164 323 ^e	.	.	.	188 250 ^e
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	80 470 ^e
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	108,0	105,8	105,5	106,8	106,5	106,3	106,6	106,5
Verkaufspreise für Ausfuhrgegenstände	1962=100	104,8	111,3	113,1	113,4	113,7	116,8	117,5	118,0	118,3
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	101,9	103,1	104,2	104,9	103,9	103,6	103,4	103,4
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0 ^f	101,5	103,3	103,9	104,3	108,0	108,5	109,1	109,6
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	106,2 ^g	106,4	107,8	109,1	98,9 ^p	97,3 ^p	95,8 ^p	95,4 ^p
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	127,2	.	132,6	.	.	.	151,8	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex 15)	1962/63=100	107,7 ^f	105,8 ^g	104,0	104,8	105,1	109,1 ^r	108,5	108,9	109,5
Einzelhandelspreise	1962=100	104,6	108,7	108,9	109,3	109,8	112,5	112,9	113,6	114,1
Preisindex für die Lebenshaltung 16)	1962=100	109,0	119,3	119,8	120,1	120,6	123,8	124,2	124,8	125,2
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		109,0	114,2	113,7	113,9	114,7	116,4	116,4	116,9	117,2
Kleidung, Schuhe		107,1	113,2	113,8	114,2	114,5	118,9	119,8	120,5	120,7
Wohnungsmieten		118,5	161,9	163,8	164,0	164,3	169,8	170,8	171,9	172,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	117,8	121,2	122,5	122,8	125,6	126,9	127,5	128,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	109,5	110,1	110,5	110,8	115,3	115,8	116,2	116,6
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	259	272	.	.	.	317	.	.
darunter Facharbeiter	DM	224	274	287	.	.	.	339	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	125	157	165	.	.	.	184	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	5,71	6,00	.	.	.	6,97	.	.
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,06	6,37	.	.	.	7,47	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	3,83	3,97	.	.	.	4,44	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,2	45,3	.	.	.	45,5	.	.
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	41,6	.	.	.	41,4	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,2	44,0	.	.	.	42,9	.	.
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,7	40,9	.	.	.	39,2	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 317	1 365	.	.	.	1 504	.	.
*weiblich	DM	866	852	888	.	.	.	979	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 409	1 466	.	.	.	1 643	.	.
*weiblich	DM	687	876	913	.	.	.	1 006	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 157	1 194	.	.	.	1 307	.	.
*weiblich	DM	557	719	734	.	.	.	820	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 261	1 354	.	.	.	1 459	.	.
weiblich	DM	.	(852)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 208	1 248	.	.	.	1 372	.	.
*weiblich	DM	588	758	779	.	.	.	867	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 398	1 459	.	.	.	1 634	.	.
*weiblich	DM	687	875	910	.	.	.	1 004	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste e) 1. 10. - 31. 12.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblich. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
					Mill. DM				in 1 000			
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁴⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	...	11,6

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁵⁾		Neuverschuldung ⁶⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden				des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt	Gewerbesteuer	insgesamt	Lohnsteuer		insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971
1967	1 962	686	706	1 059	814	452	321	1 292	616	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	586	749	1 161	908	479	340	1 442	701	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	805	795	1 354	1 072	559	409	1 649	869	2 431	1 580	1 100

Jahr	Preisindizes					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁷⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angest. in Industrie ⁹⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte 8)		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
			kaufmännische Angestellte					techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	...	127,2	119,3	114,2	259	157	1 317	852	1 409	1 449	1 021

- 1) nur Errichtung neuer Gebäude 2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) ohne Postspareinlagen 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 6) ohne Kassenkredite
 7) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, Ortsklasse A, Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 30. 11. 1970	Beschäftigte am 30. November 1970		Umsatz ³⁾ im November 1970 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLensburg	96 754	- 0,0	70	8 631	90	38
KIEL	276 038	- 0,0	156	32 301	117	99
LÜBECK	242 636	- 0,0	146	33 016	136	137
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	64	11 102	131	38
Dithmarschen	135 448	- 0,1	64	6 369	47	79
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	33	947	13	7
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	97	9 464	65	49
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	47	2 949	18	33
Ostholstein	187 798	+ 0,4	75	5 959	31	38
Pinneberg	248 355	+ 0,3	226	25 025	101	159
Plön	108 774	- 0,0	46	2 847	26	24
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	125	12 045	53	69
Schleswig	101 469	+ 0,1	38	3 479	34	47
Segeberg	169 837	+ 0,4	169	13 379	78	90
Steinburg	135 931	- 0,1	96	11 481	84	69
Stormarn	163 727	+ 0,1	105	14 734	89	138
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 557	193 728	75	1 115

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1970 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1970		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	69	-	91	22 843	20 585	...
KIEL	158	7	213	64 423	57 994	...
LÜBECK	135	1	174	56 365	49 658	...
NEUMÜNSTER	68	1	87	19 213	16 983	...
Dithmarschen	78	5	115	39 242	29 598	...
Flensburg-Land	54	3	89	24 560	18 533	...
Hzgt. Lauenburg	70	7	98	40 923	33 171	...
Nordfriesland	106	11	145	48 205	36 915	...
Ostholstein	117	4	161	49 354	39 453	...
Pinneberg	150	6	189	65 540	56 315	...
Plön	66	4	85	34 199	27 035	...
Rendsburg-Eckernförde	128	5	179	67 557	52 829	...
Schleswig	52	7	76	30 042	22 913	...
Segeberg	140	14	207	55 014	44 533	...
Steinburg	71	6	102	29 574	22 912	...
Stormarn	130	3	184	50 840	43 429	...
Schleswig-Holstein	1 592	84	2 195	697 894	572 856	...

- 1) Neuere Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen
2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u.11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 30. 11. 1970 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1970 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1970			*Ernten und Erträge 1970			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	30. 6. 1969						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	20	26	124	89,5	8,1	1 350	32,9	414	294,9
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	27	50	1	90,0	8,6	16	30,4	6	248,8
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	63	115	255	85,4	8,2	3 985	33,6	3 833	324,3
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	13	1	74,4	8,1	5	30,2	3	238,0
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	205	547	209	87,6	9,3	2 936	36,8	1 747	292,0
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	71	236	99	80,0	8,9	1 390	34,4	1 258	249,8
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	27	62	72	74,2	8,5	1 157	31,1	1 326	248,5
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	113	511	201	73,1	8,6	1 782	31,2	1 870	248,7
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	107	313	521	77,9	8,7	4 048	31,3	5 590	257,5
Saarland	1 127	+ 5	-	6	23	8	75,9	8,9	119	28,8	200	240,4
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	24	63	0	21,6	14,6	3	26,2	3	206,6
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	673	1 949	1 491	80,8	8,6	16 791	33,0	16 250	272,3

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im September 1970			
	Beschäftigte am 31. August 1970		Umsatz ²⁾ im August 1970		Produktionsindex ³⁾ 1962=100 im August 1970	Beschäftigte am 30. Sept. 1970		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	Schleswig-Holstein	193	75	1 037	14	152	64	25	2 615	10,2	1 237
Hamburg	212	117	1 336	15	117	48	26	1 387	7,6	450	2,5
Niedersachsen	806	113	4 027	19	137	186	26	6 168	8,7	4 751	6,7
Bremen	102	135	687	14	169	22	29	587	7,8	234	3,1
Nordrhein-Westfalen	2 710	157	13 295	18	127	395	23	14 015	8,2	8 708	5,1
Hessen	757	139	3 253	21	142	144	26	5 859	10,8	1 816	3,3
Rheinland-Pfalz	410	111	2 208	20	198	92	25	2 503	6,8	2 073	5,6
Baden-Württemberg	1 615	180	6 532	20	136	246	27	9 574	10,7	7 361	8,3
Bayern	1 409	132	5 814	17	144	311	29	12 055	11,4	7 139	6,8
Saarland	170	151	635	26	128	24	21	363	3,2	341	3,0
Berlin (West)	266	125	1 184	10	131	50	23	3 282	15,4	2 659	12,5
Bundesgebiet	8 649	141	40 009	18	141	1 582	26	58 408	9,5	36 769	6,0

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1970			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Oktober 1970				Bestand an Sparanlagen ⁷⁾ am 31. 10. 1970 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 3. Vierteljahr 1970		
	insgesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000				steuern in DM je Einwohner						
Schleswig-Holstein	698	573	...	1 613	88	2 185	141	2 144	190	237	58
Hamburg	479	433	...	1 272	50	1 696	137	4 042	354	1 611	119
Niedersachsen	1 967	1 600	...	4 133	330	5 780	148	2 658	190	229	62
Bremen	187	167	...	480	16	574	123	2 998	247	875	118
Nordrhein-Westfalen	4 304	3 762	...	10 507	485	14 110	139	3 047	222	331	80
Hessen	1 584	1 336	...	3 280	153	4 730	149	3 307	243	352	82
Rheinland-Pfalz	1 035	826	...	2 063	77	2 987	149	2 690	188	255	63
Baden-Württemberg	2 587	2 130	...	4 743	257	6 739	148	3 195	220	337	78
Bayern	3 135	2 426	...	6 283	407	8 930	149	3 165	207	264	72
Saarland	270	233	...	640	28	882	142	2 481	185	202	50
Berlin (West)	474	428	...	1 421	40	1 795	129	2 410	146	492	69
Bundesgebiet	16 783 ^{a)}	13 941 ^{a)}	...	36 435	1 931	50 408	144	3 004	215	351	75

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Karoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

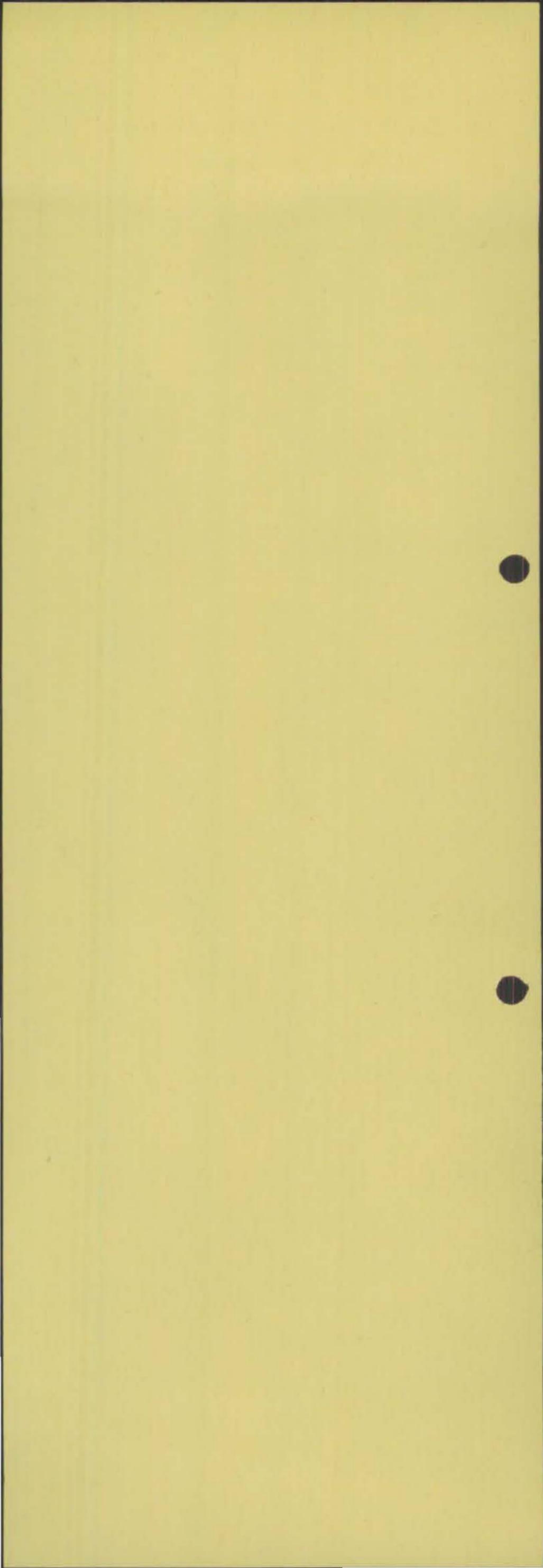
7) ohne Postspareinlagen

8) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 62 089 Kfz und 27 236 Pkw

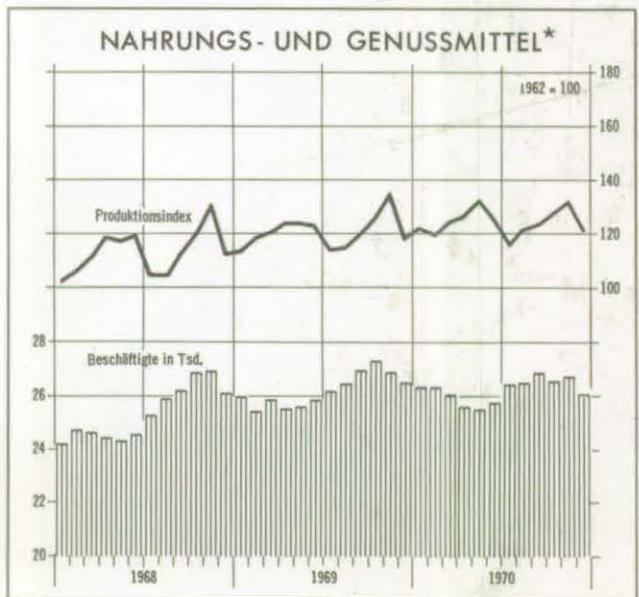
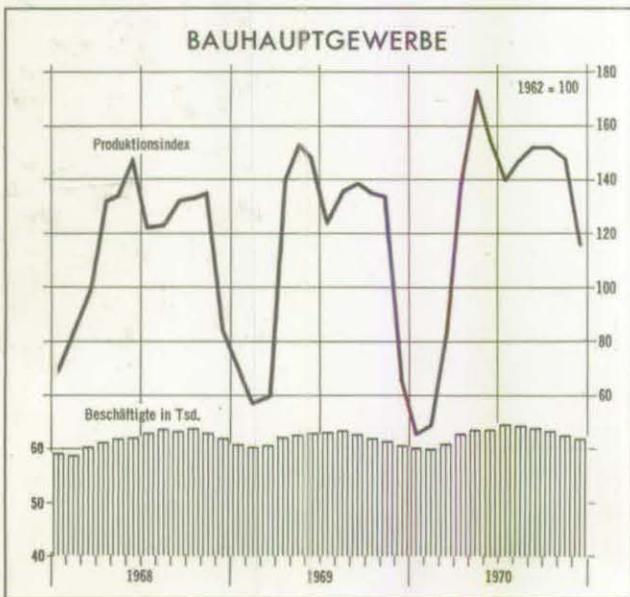
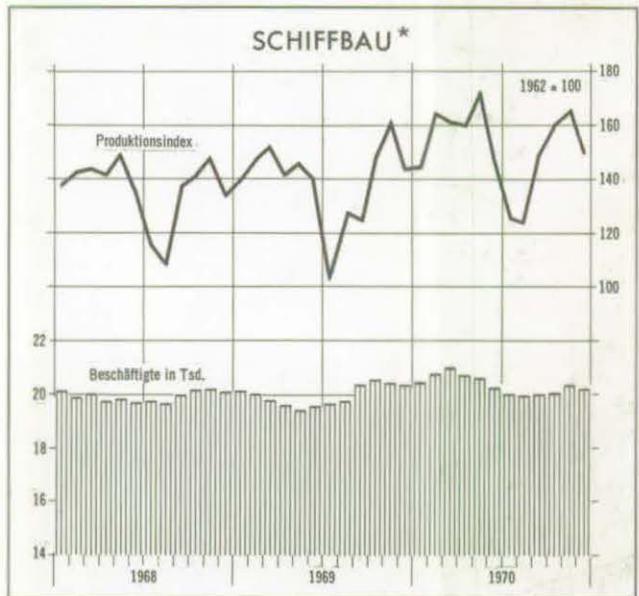
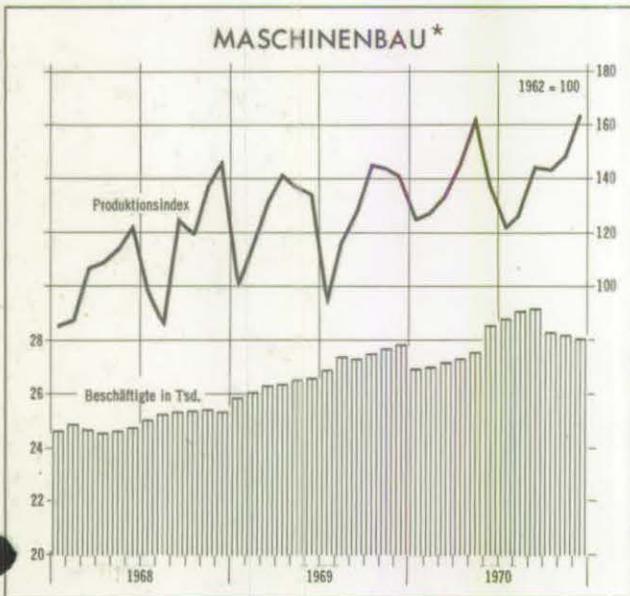
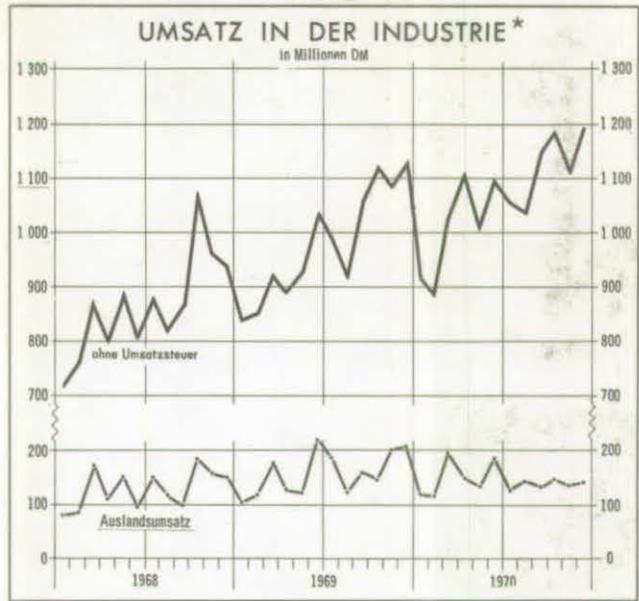
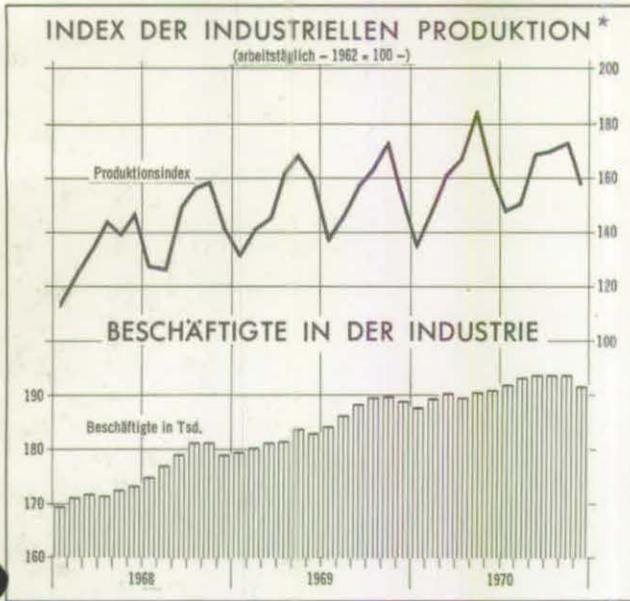
Inhalt der bisher erschienenen Hefte
des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer 1970	1/15
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätige 1970	1/10
Öffentliche Finanzen	
Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)	1/2
Preise	
Baulandumsatz 1962—1969	1/17

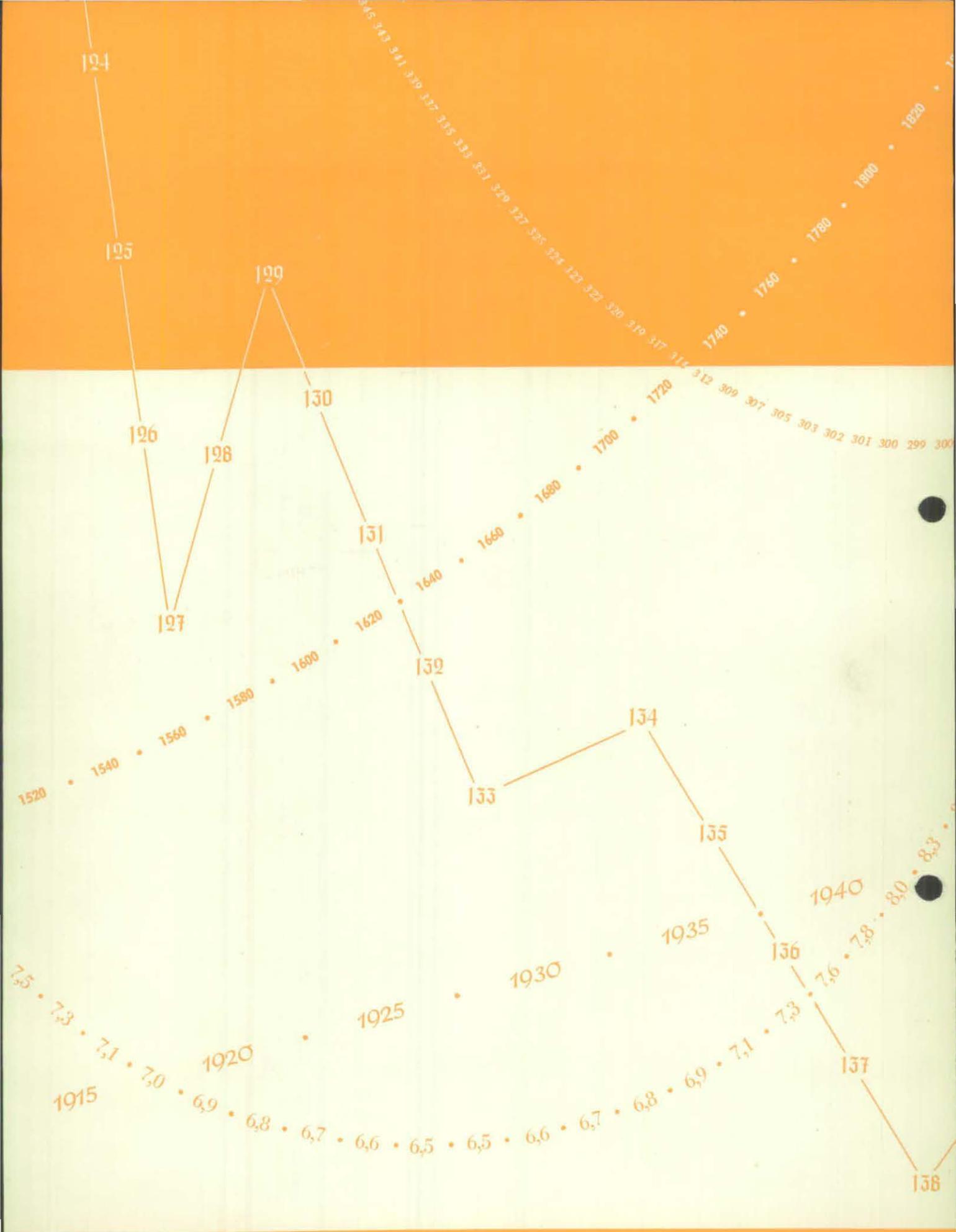


SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen